



## **Vergabeunterlagen**

### **Projekt:**

Multimediales Aktualitätshaus Mainz

### **Vergabenummer:**

2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung

### **Auftraggeber:**

Südwestrundfunk  
Anstalt des öffentlichen Rechts  
Neckarstraße 230  
70190 Stuttgart

### **Verfahrensart:**

Offenes Verfahren

Stuttgart, 09.06.2026

<b>SWR</b> ➤	Projekt: Multimediales Aktualitätshaus Mainz	1 Seite 1
	Vergabenummer: 2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung	
	Übersicht Ausschreibungsunterlagen	

## Übersicht der Ausschreibungsunterlagen

### Teil 1\_Verbleib beim Bieter

- VHB 211\_Aufforderung zur Abgabe eines Angebots EU
- VHB 212 EU\_Teilnahmebedingungen EU
- Hinweise zum elektronischen Submissionsbriefkasten
- Auftragsbekanntmachung SIMAP/TED
- VHB 214\_Besondere Vertragsbedingungen
- Ergänzung zu VHB-Formblatt 214 – Besondere Vertragsbedingungen
- VHB 244\_Datenverarbeitung
- Besondere Vertragsbedingungen LTMG BW
- Sicherheitsgebote
- Allgemeine Beschaffungsbedingungen (ABB) des SWR, BR und SR

### Teil 2\_Zurück zum SWR

- VHB 213\_Angebotsschreiben
- Vollständig ausgefülltes LV als PDF-Datei und GAEB-Datei .D84 bzw. X84
- VHB 124\_Eigenerklärung zur Eignung
- **entweder** VHB 221\_Preisermittlung bei Zuschlagskalkulation  
**oder** VHB 222\_Preisermittlung bei Kalkulation über die Endsumme
- VHB 223\_Aufgliederung der Einheitspreise
  - Los 1 – Heizung
  - Los 2 – Kälte
  - Los 3 - Lüftung
- Verpflichtungserklärung LTMG
- Eigenerklärung Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014
- *Optional: Erklärung bei Weitergabe von Leistungen an andere Unternehmen*
- *Optional: Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers*
- *Optional: VHB 234\_Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft*

### Teil 3\_Leistungsverzeichnis

- Leistungsverzeichnis (464 Seiten) als PDF-Datei
- Leistungsverzeichnis als GAEB .X83-Datei

Vergabestelle

## Vergabeart

- ☐ offenes Verfahren  
☐ nicht offenes Verfahren  
☐ Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb  
☐ Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb  
☐ wettbewerblicher Dialog  
☐ Innovationspartnerschaft

## Ablauf der Angebotsfrist

Datum

Uhrzeit

Bindefrist endet am

**Aufforderung zur Abgabe eines Angebots**

(Vergabeverfahren gem. Abschnitt 2 VOB/A)

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer

Baumaßnahme

Vergabenummer

Leistung

**Anlagen****A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind**

- ☒ 212 EU Teilnahmebedingungen EU (Ausgabe 2019)  
☐ 216 Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen  
☐ 226 Mindestanforderungen an Nebenangebote  
☐ 227 Zuschlagskriterien  
☐ 242 Instandhaltung  
☐ Informationen zur Datenerhebung  
☐  
☐  
☐  
☐

**B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden**

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Baubeschreibung, Pläne, sonstige Anlagen  
☒ 214 Besondere Vertragsbedingungen  
☐ 225 Stoffpreisgleitklausel  
☐ 228 Nichteisenmetalle  
☐ 241 Abfall  
☐ 244 Datenverarbeitung  
☐  
☐  
☐  
☐  
☐  
☐  
☐

**C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind**

- ☒ 213 Angebotsschreiben
- ☒ Vollständig ausgefülltes Leistungsverzeichnis als PDF-Datei und GAEB-Datei .D84 bzw. X84
- ☐ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ 221/222 Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt 221 oder 222
- ☐ 224 Angebot Lohnleitklausel
- ☐ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ Erklärung bei Weitergabe von Leistungen an andere Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung: \_\_\_\_\_
- ☐
- ☐
- ☐

**D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind**

- ☐ 223 Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐ 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐
- ☐

**1 Es ist beabsichtigt, die in beigefügter Leistungsbeschreibung bezeichneten Bauleistungen im Namen und für Rechnung**


---



---



---

zu vergeben.

**Es ist beabsichtigt, die in beigefügtem Vertragsformular bezeichneten Instandhaltungsleistungen im Namen und für Rechnung**


---



---



---

zu vergeben.

**2 Kommunikation**

Die Kommunikation erfolgt

- ☐ elektronisch über die Vergabeplattform
- ☐ auf andere Weise (schriftlich/Textform)
- ☐ in Kombination: bis zur Angebotsöffnung elektronisch über die Vergabeplattform; danach schriftlich oder in Textform

Stelle

Straße

PLZ/Ort

Fax

E-Mail

**3 Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)****3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:**

- ☐ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
- ☐
- ☐
- ☐

**3.2 - frei -****3.3 Nachforderung**

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden

- ☐ nachgefordert.
- ☐ teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:

- ☐ nicht nachgefordert.

**3.4 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen**

- ☐ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
- ☐
- ☐

**4 Losweise Vergabe**

- ☐ nein
- ☐ ja, Angebote sind möglich für
  - ☐ alle Lose
  - ☐ eine maximale Anzahl an Losen: siehe Bekanntmachung oder Aufforderung zur Interessensbestätigung
  - ☐ nur ein Los

bei zugelassener Angebotsabgabe für mehr als ein Los:

- ☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann  
Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung  
Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

**5 Mehrere Hauptangebote**

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist

- ☐ zugelassen.  
Werden mehrere Hauptangebote abgegeben, muss jedes aus sich heraus zuschlagsfähig sein.  
§ 13 EU Absatz 1 Nummer 2 VOB/A gilt für jedes Hauptangebot.
- ☐ nicht zugelassen.

**6 Nebenangebote**

- 6.1** ☐ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Teilnahmebedingungen EU gilt nicht.
- 6.2** ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Teilnahmebedingungen EU) - ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -
  - ☐ für die gesamte Leistung
  - ☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

- ☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
- ☐

**7 Angebotswertung**

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

- ☐ Zuschlagskriterium Preis

Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen, Erstattungsbetrag aus der Lohngleitklausel, Instandhaltungsangeboten.

- ☐ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien

Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.

Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.

Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstatt für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

**8 Zugelassene Angebotsabgabe**

- ☐ Elektronisch

- ☐ in Textform ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

- ☐ Schriftlich

Das beigelegte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

- ☐ siehe Briefkopf

- ☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe

„Angebot für

Maßnahmennummer:	Baumaßnahme:
Vergabenummer:	Leistung:

”

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

**9 Behörde, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:**

Vergabekammer (§ 156 GWB, § 21 EU VOB/A):

10

## Teilnahmebedingungen für die Vergabe von Bauleistungen

### Einheitliche Fassung

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", Teil A "Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen" (VOB/A, Abschnitt 2).

#### 1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

#### 2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

#### 3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden
- und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

#### 4 Nebenangebote

4.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

## 5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
  - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
  - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
  - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte/mit Siegel versehene Erklärung abzugeben.

- 5.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

## 6 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

## 7 Eignung

- 7.1 Offenes Verfahren

**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder** die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise
  - **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)
- vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 7 sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.




Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

## 7.2 Nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren

Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen **präqualifizierte Unternehmen** der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen nachweisen, dass die von ihnen vorgesehenen anderen Unternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifizierung erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot **nicht präqualifizierter Unternehmen** in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen die in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen vorzulegen. Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen die Eigenerklärungen und Bescheinigungen auch für die benannten anderen Unternehmen vorgelegt bzw. die Nummern angegeben werden, unter denen die benannten anderen Unternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

	Projekt: Multimediales Aktualitätshaus Mainz	1 Seite 2
	Vergabenummer: 2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung	
	Hinweise zum elektronischen Submissionsbriefkasten	

Für eine vergaberechtskonforme, revisionssichere und manipulationsfreie Einreichung elektronischer Teilnahmeanträge/Angebote nutzt der SWR den **elektronischen Submissionsbriefkasten** der eVergabe-Plattform der Fa. abakus Consulting GmbH. In den Ihnen zugewandten **Vergabeunterlagen ist der Link zur elektronischen Übermittlung Ihres Teilnahmeantrages/Angebotes enthalten**. Das beschriebene Verfahren berücksichtigt alle Anforderungen zur elektronischen Kommunikation.

## 1. Erstellen des elektronischen Teilnahmeantrages/Angebotes

Um Ihr Angebot elektronisch übermitteln zu können, erstellen Sie aus allen Unterlagen **eine** ZIP-Datei mit folgendem Aufbau des Dateinamens: *Angebot\_Firma\_Vergabenummer.zip*  
*Beispiel: Angebot\_MusterGmbH\_2026-xx-BAU.zip*

**Bitte beachten Sie hierbei unbedingt folgende Hinweise:**

- Der Dateiname darf eine **maximale Länge von 50 Zeichen** nicht überschreiten.
- Ein Übermitteln der Unterlagen ist **nur als ZIP-Datei möglich**, andere Dateien können nicht entgegengenommen werden!
- Die einzureichenden ZIP-Ordner dürfen **keine Unterverzeichnisse** enthalten.

## 2. Elektronische Übermittlung Ihres Teilnahmeantrages/Angebots

Nach Erstellen der ZIP-Datei kann Ihr Teilnahmeantrag/Angebot mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen über den in den **Vergabeunterlagen** genannten Link übermittelt werden.

- Öffnen des Links zum Submissionsbriefkasten.
- Button „Datei auswählen“ anklicken und die zuvor erstellte ZIP-Datei markieren:



**Upload Teilnahmeantrag/Angebot**

Bitte fassen Sie alle Unterlagen zu **einem ZIP** Verzeichnis zusammen, welches Sie hier hochladen können:

Keine ausgewählt

 **DATEI EINREICHEN**

- Über den Button „DATEI EINREICHEN“ übermitteln Sie Ihre Unterlagen an den elektronischen Submissionsbriefkasten.
- Die Unterlagen wurden erfolgreich übermittelt, wenn Sie unter „Hochgeladene Dateien“ die von Ihnen erstellte ZIP-Datei (Teilnahmeantrag/Angebot) sehen.
- Zum Nachweis der erfolgreichen Übermittlung können Sie für Ihre Unterlagen einen Screenshot erstellen. **Alternativ** besteht die Möglichkeit, Ihre E-Mail-Adresse anzugeben. Die angegebene Adresse wird einmalig verwendet, um Ihnen die Übermittlungsbestätigung der eingereichten Datei(en) zukommen zu lassen. Spätestens mit Abschluss des Verfahrens wird die angegebene E-Mail-Adresse aus dem System gelöscht. Prüfen Sie bitte auch Ihren Spamordner auf den Erhalt der Übermittlungsbestätigung.
- Sollten Sie eine **Fehlermeldung** erhalten, nehmen Sie bitte Verbindung mit dem technischen Support unter der im Impressum (siehe Link zum Submissionsbriefkasten) angegebenen Nummer auf.

<b>SWR</b> ➤	Projekt: Multimediales Aktualitätshaus Mainz	2 Seite 2
	Vergabenummer: 2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung	
	Hinweise zum elektronischen Submissionsbriefkasten	

### 3. Änderungen, Berichtigungen und Rücknahme des Teilnahmeantrages/Angebotes

Änderungen oder Berichtigungen Ihres bereits übermittelten Teilnahmeantrages/Angebotes vor Ablauf der Abgabefrist sind über ein erneutes Hochladen der **vollständigen Unterlagen** möglich. Mehrfach eingereichte Teilnahmeanträge/Angebote sind hinsichtlich der Reihenfolge des Einreichens kenntlich zu machen (V1, V2 o. ä.).

**ACHTUNG! Es werden lediglich die Unterlagen mit dem jüngsten Zeitstempel gewertet!**

Eine Rücknahme Ihres Teilnahmeantrags/Angebotes vor Ablauf der Abgabefrist muss über eine E-Mail an die in den Vergabeunterlagen genannte Vergabestelle erfolgen. Dabei müssen der Bezug zum Dateinamen Ihres Teilnahmeantrages/Angebotes und das Datum der Abgabe erkennbar sein. Durch den Auftraggeber erfolgt eine schriftliche Bestätigung der Rücknahme.

### 4. Information zum Submissionsergebnis

Nach Ablauf der Abgabefrist senden wir Ihnen das Submissionsergebnis (Inhalt gemäß § 14 EU Abs. 6 VOB/A) i.d.R. innerhalb von 3 Arbeitstagen an die von Ihnen in den Angebotsunterlagen angegebene E-Mail-Adresse zu.

**Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten Bekanntmachung.**

**Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version *eforms-de-2.1***

## **1 Beschaffer**

### **1.1 Beschaffer**

**Offizielle Bezeichnung:** Südwestrundfunk  
Anstalt des öffentlichen Rechts

**Art des öffentlichen Auftraggebers:** *Anstalten des öffentlichen Rechts auf Landesebene*

**Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers:** *Freizeit, Sport, Kultur und Religion*

## **2 Verfahren**

### **2.1 Verfahren**

**Titel:** 2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung / Neubau Multimediales  
Aktualitätshaus SWR Mainz

**Beschreibung:** Der SWR entwickelt den Standort Mainz für eine zukunftsgerechte  
Medienversorgung weiter.

Die Überbauung der bestehenden mehrgeschossigen Parkgarage direkt entlang der  
Straße

"Am Fort Gonsenheim" ermöglicht die erforderliche Flächenerweiterung für  
multimediale

Aufgaben am Standort Mainz kompakt und mit kurzen Wegen. Die beiden neuen  
Geschosse

überspannen die bestehende Garage und folgen mit ihren Fassaden dem geschwungenen  
Straßenverlauf. Der Neubau wird über das zentrale Treppenhaus mit Aufzug auf der  
Hofseite

erschlossen. Eine gläserne Brücke im 1. OG bindet an das "Haus am Wall" (Bauteil 4)  
an, und schafft so einen direkten Zugang aus dem Bestand. Den Erweiterungsbau betritt  
man im 1. und 2.OG über einen großzügigen Eingangsbereich, der Besucher und  
Mitarbeiter

mit einem Blick in die Lounge bzw. in ein begrüntes Atrium empfängt. Beidseitig  
erschließen

sich die Bereiche der Abteilungen, welche als Dreibund organisiert sind.

Gegenstand der zu vergebenden Leistungen sind die hierfür erforderlichen Arbeiten  
für:

- Los 1 Heizung
- Los 2 Kälte
- Los 3 Lüftung

Ausführungszeitraum: Beginn voraussichtlich Februar 2027 / Fertigstellung  
voraussichtlich  
Ende März 2028.

Details sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

**Kennung des Verfahrens:** e79372b2-a26c-4df6-83f5-de291c0c5eb0

**Interne Kennung:** 2026-36-BAU-EU

**Verfahrensart:** *Offenes Verfahren*

**Beschleunigtes Verfahren:** nein

#### 2.1.1 Zweck

**Art des Auftrags:** *Bauleistungen*

**Hauptklassifizierungscode (cpv):** 45331000 *Installation von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage*

#### 2.1.2 Erfüllungsort

**Postanschrift:** Am Fort Gonsenheim 139

**Ort:** Mainz

**Postleitzahl:** 55116

**NUTS-3-Code:** *Mainz, Kreisfreie Stadt* (DEB35)

**Land:** *Deutschland*

**Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:** SWR Funkhaus Mainz

#### 2.1.4 Allgemeine Informationen

**Zusätzliche Informationen:** 1) Aufgrund der Sanktionsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sind sowohl Auftragsvergaben an Unternehmen verboten, die einen Bezug zu Russland haben als auch an Unternehmen, die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, die im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, soweit auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt. Um die Einhaltung dieser Vorgaben prüfen zu können, ist vom Bieter/Bewerber die „Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014“ auszufüllen und mit dem Angebot vorzulegen.

2) Es wird darauf hingewiesen, dass das Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch beim Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten und die erforderliche Verpflichtungserklärung mit dem Angebot abzugeben.

**Rechtsgrundlage:**

*Richtlinie 2014/24/EU*

### 2.1.5 Bedingungen für die Auftragsvergabe

#### **Bedingungen für die Einreichung:**

**Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 3**

### 2.1.6 Ausschlussgründe

#### **Quellen der Ausschlussgründe:** *Bekanntmachung*

*Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung:* Weitere zwingende und fakultative Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB sind den Ausschreibungsunterlagen zu entnehmen.

## 5 Los

### 5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

**Titel:** Los 1 - Heizung

**Beschreibung:** Das Los 1 - Heizung umfasst folgende Leistungen:

- Einbau eines Plattenwärmetauschers an der Fernwärmeübergabestation.
- Einbau von drei Heizungsverteilern, dem Wärmeverteilnetz aus Stahlrohr, geschweißt und Edelstahl mit Dämmung, teilweise mit Blechmantel

Hauptmassen:

ca. 2.550 m Rohr Stahl niro Heizungswasser AD 18-54mm, mit MW-Dämmung mit Kunststoffmantel

oder Blechmantel

ca. 600 m Rohr Stahlrohr nahtlos schwarz Heizungswasser AD 21,3-88,9mm mit MW-Dämmung

mit Kunststoffmantel oder Blechmantel

1 St Plattenwärmetauscher Fernwärme

3 St Heizungsverteiler

ca. 590 St Armaturen DN15-DN80

20 St Pumpen DN25-DN80

Alle weiteren Details und Positionen sind dem Leistungsverzeichnis (siehe Vergabeunterlagen) zu entnehmen.

**Interne Kennung:** 2026-36-BAU-EU Los 1

#### 5.1.1 Zweck

**Art des Auftrags:** *Bauleistungen*

**Hauptklassifizierungscode (cpv):** 45331100 *Installation von Zentralheizungen*

#### 5.1.2 Erfüllungsort

*Beliebiger Ort*

**Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:** SWR Funkhaus Mainz, Am Fort Gonsenheim 139, 55116 Mainz

#### 5.1.3 Geschätzte Dauer

**Datum des Beginns:** 22/02/2027

**Enddatum der Laufzeit:** 31/03/2028

#### 5.1.6 Allgemeine Informationen

**Vorbehaltene Teilnahme:** *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

*Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert*

**Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen:** ja

**Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU):** ja

**Zusätzliche Informationen:** #Besonders auch geeignet für:other-sme#

#### 5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

**Art der strategischen Beschaffung:** *Keine strategische Beschaffung*

#### 5.1.9 Eignungskriterien

**Quellen der Auswahlkriterien:** *Bekanntmachung*

**Kriterium:** *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

**Beschreibung des Auswahlkriteriums:** Eignung - Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Die Eignung ist mit dem Angebot durch den Nachweis einer Eintragung in die Liste des

Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V.

(Präqualifikationsverzeichnis)

oder Eigenerklärungen gem. VHB-Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) nachzuweisen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind

die im VHB-Formblatt 124 angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zur Erfüllung des Auftrages andere Unternehmen (Nachunternehmer)

einzusetzen, ist auf Verlangen deren jeweilige Nummer in der Liste des Vereins für

Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) anzugeben

oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß

dem VHB-Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten eines anderen

Unternehmens zu verweisen (Eignungsleihe), so muss der Bieter für den (jeweiligen)

Eignungsleihgeber die Nummer in der Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) angeben oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß diesem Formblatt für dieses Unternehmen vorzulegen. Darüber hinaus muss der Bieter seine tatsächliche Zugriffsmöglichkeit auf dieses Unternehmen durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des Eignungsleihgebers nachweisen.

Das VBH-Formblatt 124 ist abrufbar unter:  
<https://www.swr.de/unternehmen/ausschreibungen/vhb-formular-124-100.pdf>

Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind für nicht präqualifizierte Unternehmen in der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

- Gewerbeanmeldung
- Handelsregistrauszug
- Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen der tariflichen Sozialkasse
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EstG
- qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angaben der Lohnsummen

Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben gleichwertige Bescheinigungen von anerkannten Stellen ihres Herkunftslandes vorzulegen.

Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundeszentralregister anfordern. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen.

#### **Kriterium:** *Durchschnittliche jährliche Belegschaft*

**Beschreibung des Auswahlkriteriums:** Eignung - Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Die Eignung ist mit dem Angebot durch den Nachweis einer Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis)



oder Eigenerklärungen gem. VHB-Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) nachzuweisen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind  
die im VHB-Formblatt 124 angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6 Kalendertagen  
nach Aufforderung vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zur Erfüllung des Auftrages andere Unternehmen (Nachunternehmer)  
einzusetzen, ist auf Verlangen deren jeweilige Nummer in der Liste des Vereins für  
Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) anzugeben  
oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß  
dem VHB-Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten eines anderen  
Unternehmens zu verweisen (Eignungsleihe), so muss der Bieter für den (jeweiligen)  
Eignungsleihgeber die Nummer in der Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen  
e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) angeben oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie  
die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß diesem Formblatt für dieses Unternehmen  
vorzulegen. Darüber hinaus muss der Bieter seine tatsächliche Zugriffsmöglichkeit  
auf dieses Unternehmen durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des Eignungsleihgebers  
nachweisen.

Das VHB-Formblatt 124 ist abrufbar unter:  
<https://www.swr.de/unternehmen/ausschreibungen/vhb-formular-124-100.pdf>

Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind für nicht präqualifizierte Unternehmen  
in der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:  
- Erklärung über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich  
beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal

**Kriterium:** *Referenzen zu bestimmten Arbeiten*

**Beschreibung des Auswahlkriteriums:** Eignung - Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Die Eignung ist mit dem Angebot durch den Nachweis einer Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. VHB-Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) nachzuweisen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind die im VHB-Formblatt 124 angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zur Erfüllung des Auftrages andere Unternehmen (Nachunternehmer) einzusetzen, ist auf Verlangen deren jeweilige Nummer in der Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) anzugeben oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem VHB-Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens zu verweisen (Eignungsleihe), so muss der Bieter für den (jeweiligen) Eignungsleihgeber die Nummer in der Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) angeben oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß diesem Formblatt für dieses Unternehmen vorzulegen. Darüber hinaus muss der Bieter seine tatsächliche Zugriffsmöglichkeit auf dieses Unternehmen durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des Eignungsleihgebers nachweisen.

Das VHB-Formblatt 124 ist abrufbar unter:  
<https://www.swr.de/unternehmen/ausschreibungen/vhb-formular-124-100.pdf>

Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind für nicht präqualifizierte Unternehmen in der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

- drei Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorlegen: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges

einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

#### 5.1.10 Zuschlagskriterien

**Kriterium:**

**Art:** *Preis*

**Beschreibung:** Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebots ermittelt.

**Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann:** Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

#### 5.1.11 Auftragsunterlagen

**Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen:** *Deutsch*

**Internetadresse der Auftragsunterlagen:**

<https://www.swr.de/unternehmen/organisation/ausschreibungen-104.html>

#### 5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

**Bedingungen für die Einreichung:**

**Elektronische Einreichung:** *Erforderlich*

**Adresse für die Einreichung:** <https://it-vergabe.eu/vergabe/angebot/9c0ea856883c85c0177cd6c9c662ec8f>

**Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:** *Deutsch*

**Elektronischer Katalog:** *Nicht zulässig*

**Nebenangebote:** *Nicht zulässig*

**Die Bieter können mehrere Angebote einreichen:** *Zulässig*

**Frist für den Eingang der Angebote:** 14/07/2026 10:00 +02:00

**Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss:** 93 Tag

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

*Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.*

**Zusätzliche Informationen:** Nach Ablauf der Angebotsfrist und im Rahmen der Angebotsauswertung kann es zu Nachforderungen bzw. Aufklärungen zu den Angeboten seitens des Auftraggebers kommen.

**Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:**

**Datum des Eröffnungstermins:** 14/07/2026 10:01 +02:00

**Eröffnungstermin - Beschreibung:** Zur Öffnung der Angebote sind Bieter nicht zugelassen.

Nach Ablauf der Angebotsfrist senden wir Ihnen das Submissionsergebnis (Inhalt gemäß § 14 EU Abs. 6 VOB/A) in der Regel innerhalb von 3 Arbeitstagen an die von Ihnen in den Angebotsunterlagen angegebene E-Mail-Adresse zu.

**Auftragsbedingungen:**

**Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:**  
*Nein*

**Elektronische Rechnungsstellung:** *Erforderlich*

**Aufträge werden elektronisch erteilt:** **ja**

**Zahlungen werden elektronisch geleistet:** **ja**

**5.1.15 Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

*Keine Rahmenvereinbarung*

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

*Kein dynamisches Beschaffungssystem*

**5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

**Schlichtungsstelle:** IHK Karlsruhe

**Überprüfungsstelle:** Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

**Informationen über die Überprüfungsfristen:** Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Nach § 160 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer unzulässig soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags anerkennt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer

Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind,  
nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung  
oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar  
sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe  
gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge  
nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags  
nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:** Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

## 5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0002

**Titel:** Los 2 - Kälte

**Beschreibung:** Das Los 2 - Kälte umfasst folgende Leistungen:

- Installation von zwei Kältemaschinen
- Montage einer reversiblen Wärmepumpe
- Montage des Kälteverteilnetz aus Stahlrohr nahtlos schwarz und Edelstahl mit diffusionsdichter Kälte­dämmung, teilweise mit Blechmantel
- Installation von Heiz-/Kühlse­geln als Raumheiz-/Raumkühlflächen

Hauptmassen:

- 1 St Pufferspeicher 2.500 Liter
- 1 St Schichtspeicher
- 1 St Kältemaschine 155 kW
- 1 St Kältemaschine 133 kW
- 1 St Wärmepumpe 57 kW
- 2 St Rückkühler 175 kW und 205 kW
- 3 St Verteiler
- 18 St Pumpen DN25-DN65
- ca. 760 St Armaturen DN15-DN65
- ca. 2.800 m Rohr Stahl niro Klimakaltwasser AD 18-54mm, mit Kälte­dämmung, teilw. mit Blechmantel
- ca. 550 m Rohr Stahlrohr nahtlos schwarz Klimakaltwasser AD 21,3-114,3mm, mit

Kälte­dämmung  
teilw. mit Blechmantel  
8 St Umluftkühlgeräte als Deckenkassette oder Standgeräte  
ca. 895 St Heiz-/Kühldeckensegel

Alle weiteren Details und Positionen sind dem Leistungsverzeichnis (siehe Vergabeunterlagen) zu entnehmen.

**Interne Kennung:** 2026-36-BAU-EU Los 2

#### 5.1.1 Zweck

**Art des Auftrags:** *Bauleistungen*

**Hauptklassifizierungscode (cpv):** 45331231 *Installation von kältetechnischen Anlagen*

**Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv):** 45331220 *Installation von Klimaanlage*

#### 5.1.2 Erfüllungsort

*Beliebiger Ort*

**Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:** SWR Funkhaus Mainz, Am Fort Gonsenheim 139, 55116 Mainz

#### 5.1.3 Geschätzte Dauer

**Datum des Beginns:** 21/02/2027

**Enddatum der Laufzeit:** 31/03/2028

#### 5.1.6 Allgemeine Informationen

**Vorbehaltene Teilnahme:** *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

*Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert*

**Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen:** ja

**Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU):** ja

**Zusätzliche Informationen:** #Besonders auch geeignet für:other-sme#

#### 5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

**Art der strategischen Beschaffung:** *Keine strategische Beschaffung*

#### 5.1.9 Eignungskriterien

**Quellen der Auswahlkriterien:** *Bekanntmachung*

**Kriterium:** *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

**Beschreibung des Auswahlkriteriums:** Eignung - Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Die Eignung ist mit dem Angebot durch den Nachweis einer Eintragung in

die Liste des  
Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V.  
(Präqualifikationsverzeichnis)  
oder Eigenerklärungen gem. VHB-Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur  
Eignung) nachzuweisen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere  
Wahl, sind  
die im VHB-Formblatt 124 angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6  
Kalendertagen  
nach Aufforderung vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zur Erfüllung des Auftrages andere Unternehmen  
(Nachunternehmer)  
einzusetzen, ist auf Verlangen deren jeweilige Nummer in der Liste des  
Vereins für  
Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis)  
anzugeben  
oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und  
Bescheinigungen gemäß  
dem VHB-Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten  
eines anderen  
Unternehmens zu verweisen (Eignungsleihe), so muss der Bieter für den  
(jeweiligen)  
Eignungsleihgeber die Nummer in der Liste des Vereins für  
Präqualifikation von Bauunternehmen  
e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) angeben oder es sind das VHB-  
Formblatt 124 sowie  
die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß diesem Formblatt für dieses  
Unternehmen  
vorzulegen. Darüber hinaus muss der Bieter seine tatsächliche  
Zugriffsmöglichkeit  
auf dieses Unternehmen durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des  
Eignungsleihgebers  
nachweisen.

Das VBH-Formblatt 124 ist abrufbar unter:  
<https://www.swr.de/unternehmen/ausschreibungen/vhb-formular-124-100.pdf>

Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind für nicht  
präqualifizierte Unternehmen  
in der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle  
vorzulegen:

- Gewerbeanmeldung
- Handelsregisterauszug
- Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der  
Industrie- und Handelskammer
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen der tariflichen Sozialkasse
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in

Steuersachen

- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EstG
- qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen

Versicherungsträgers mit Angaben der Lohnsummen

Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben gleichwertige Bescheinigungen von anerkannten Stellen ihres Herkunftslandes vorzulegen.

Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug

aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundeszentralregister

anfordern. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen.

**Kriterium:** *Durchschnittliche jährliche Belegschaft*

**Beschreibung des Auswahlkriteriums:** Eignung - Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Die Eignung ist mit dem Angebot durch den Nachweis einer Eintragung in die Liste des

Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V.

(Präqualifikationsverzeichnis)

oder Eigenerklärungen gem. VHB-Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) nachzuweisen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind

die im VHB-Formblatt 124 angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6 Kalendertagen

nach Aufforderung vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zur Erfüllung des Auftrages andere Unternehmen (Nachunternehmer)

einzusetzen, ist auf Verlangen deren jeweilige Nummer in der Liste des Vereins für

Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) anzugeben

oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß

dem VHB-Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten eines anderen

Unternehmens zu verweisen (Eignungsleihe), so muss der Bieter für den (jeweiligen)

Eignungsleihgeber die Nummer in der Liste des Vereins für

Präqualifikation von Bauunternehmen

e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) angeben oder es sind das VHB-



Formblatt 124 sowie  
die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß diesem Formblatt für dieses  
Unternehmen  
vorzulegen. Darüber hinaus muss der Bieter seine tatsächliche  
Zugriffsmöglichkeit  
auf dieses Unternehmen durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des  
Eignungsleihgebers  
nachweisen.

Das VHB-Formblatt 124 ist abrufbar unter:  
<https://www.swr.de/unternehmen/ausschreibungen/vhb-formular-124-100.pdf>

Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind für nicht  
präqualifizierte Unternehmen  
in der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle  
vorzulegen:

- Erklärung über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen  
Kalenderjahren jahresdurchschnittlich  
beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra  
ausgewiesenem Leitungspersonal

**Kriterium:** *Referenzen zu bestimmten Arbeiten*

**Beschreibung des Auswahlkriteriums:** Eignung - Technische und  
berufliche Leistungsfähigkeit

Die Eignung ist mit dem Angebot durch den Nachweis einer Eintragung in  
die Liste des  
Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V.  
(Präqualifikationsverzeichnis)  
oder Eigenerklärungen gem. VHB-Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur  
Eignung) nachzuweisen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere  
Wahl, sind  
die im VHB-Formblatt 124 angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6  
Kalendertagen  
nach Aufforderung vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zur Erfüllung des Auftrages andere Unternehmen  
(Nachunternehmer)  
einzusetzen, ist auf Verlangen deren jeweilige Nummer in der Liste des  
Vereins für  
Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis)  
anzugeben  
oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und  
Bescheinigungen gemäß  
dem VHB-Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten  
eines anderen  
Unternehmens zu verweisen (Eignungsleihe), so muss der Bieter für den

(jeweiligen)  
Eignungsleihgeber die Nummer in der Liste des Vereins für  
Präqualifikation von Bauunternehmen  
e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) angeben oder es sind das VHB-  
Formblatt 124 sowie  
die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß diesem Formblatt für dieses  
Unternehmen  
vorzulegen. Darüber hinaus muss der Bieter seine tatsächliche  
Zugriffsmöglichkeit  
auf dieses Unternehmen durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des  
Eignungsleihgebers  
nachweisen.

Das VHB-Formblatt 124 ist abrufbar unter:  
<https://www.swr.de/unternehmen/ausschreibungen/vhb-formular-124-100.pdf>

Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind für nicht  
präqualifizierte Unternehmen  
in der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle  
vorzulegen:  
- drei Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:  
Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme;  
Ausführungszeitraum;  
stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten  
maßgeblichen Leistungsumfanges  
einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür  
durchschnittlich eingesetzten  
Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen  
und gerätespezifischen  
Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der  
Baumaßnahme einschließlich  
eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der  
Baumaßnahme (Neubau,  
Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung  
(Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner,  
Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem  
Leitungspersonal koordiniert  
wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße  
Ausführung der Leistung

#### 5.1.10 Zuschlagskriterien

##### **Kriterium:**

**Art:** *Preis*

**Beschreibung:** Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebots  
ermittelt.

**Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht  
durch Kriterien ausgedrückt werden kann:** Der Preis wird aus der  
Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

#### 5.1.11 Auftragsunterlagen

**Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen:** *Deutsch*

**Internetadresse der Auftragsunterlagen:**

<https://www.swr.de/unternehmen/organisation/ausschreibungen-104.html>

#### 5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

**Bedingungen für die Einreichung:**

**Elektronische Einreichung:** *Erforderlich*

**Adresse für die Einreichung:** <https://it-vergabe.eu/vergabe/angebot/9c0ea856883c85c0177cd6c9c662ec8f>

**Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:** *Deutsch*

**Elektronischer Katalog:** *Nicht zulässig*

**Nebenangebote:** *Nicht zulässig*

**Die Bieter können mehrere Angebote einreichen:** *Zulässig*

**Frist für den Eingang der Angebote:** 14/07/2026 10:00 +02:00

**Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss:** 93 Tag

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

*Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.*

**Zusätzliche Informationen:** Nach Ablauf der Angebotsfrist und im Rahmen der Angebotsauswertung kann es zu Nachforderungen bzw. Aufklärungen zu den Angeboten seitens des Auftraggebers kommen.

**Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:**

**Datum des Eröffnungstermins:** 14/07/2026 10:01 +02:00

**Eröffnungstermin - Beschreibung:** Zur Öffnung der Angebote sind Bieter nicht zugelassen.

Nach Ablauf der Angebotsfrist senden wir Ihnen das Submissionsergebnis (Inhalt gemäß § 14 EU Abs. 6 VOB/A) in der Regel innerhalb von 3 Arbeitstagen an die von Ihnen in den Angebotsunterlagen angegebene E-Mail-Adresse zu.

**Auftragsbedingungen:**

**Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:**  
*Nein*

**Elektronische Rechnungsstellung:** *Erforderlich*

**Aufträge werden elektronisch erteilt:** **ja**

**Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja**

#### **5.1.15 Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

*Keine Rahmenvereinbarung*

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

*Kein dynamisches Beschaffungssystem*

#### **5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

**Schlichtungsstelle:** IHK Karlsruhe

**Überprüfungsstelle:** Vergabekammer Baden-Württemberg beim  
Regierungspräsidium Karlsruhe

**Informationen über die Überprüfungsfristen:** Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Nach § 160 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer unzulässig soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags anerkennt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:** Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

## 5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0003

**Titel:** Los 3 - Lüftung

**Beschreibung:** Das Los 1 - Heizung umfasst folgende Leistungen:

- Montage von zwei Lüftungsgeräten für die Büroräume und die WC-Anlagen
- Montage von rechteckigen Lüftungskanälen und Wickelfalzrohren mit Einbaukomponenten wie Lüftungsgitter, Volumenstromregler, Schalldämpfer, BSK etc.
- Dämmung teilw. mit Blechmantel

**Hauptmassen:**

- 1 St. Lüftungsgerät Büroräume, Volumenstrom: 24.610 m³/h
- 1 St. Lüftungsgerät WC- und Nebenräume, Volumenstrom: 2.350 m³/h
- ca. 1.420 m² Rechteckige Lüftungskanäle und Formstücke mit Dämmung, teilw. mit Blechmantel
- ca. 1.950 m Wickelfalzrohr DN100-DN400
- ca. 145 St Lüftungsgitter
- ca. 145 St Rundrohrdurchlass DN160-DN200
- ca. 200 St Konstant-Volumenstromregler DN100-DN400
- ca. 65 St Brandschutzklappen
- 6 St Überströmklappen
- ca. 220 St Schalldämpfer DN 100-DN400

Alle weiteren Details und Positionen sind dem Leistungsverzeichnis (siehe Vergabeunterlagen) zu entnehmen.

**Interne Kennung:** 2026-36-BAU-EU Los 3

### 5.1.1 Zweck

**Art des Auftrags:** *Bauleistungen*

**Hauptklassifizierungscode (cpv):** 45331210 *Installation von Lüftungsanlagen*

### 5.1.2 Erfüllungsort

*Beliebiger Ort*

**Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:** SWR Funkhaus Mainz, Am Fort Gonsenheim 139, 55116 Mainz

### 5.1.3 Geschätzte Dauer

**Datum des Beginns:** 22/02/2027

**Enddatum der Laufzeit:** 31/03/2028

### 5.1.6 Allgemeine Informationen

**Vorbehaltene Teilnahme:** *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

*Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert*

**Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen:** ja

**Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU):** ja

**Zusätzliche Informationen:** #Besonders auch geeignet für:other-sme#

#### 5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

**Art der strategischen Beschaffung:** *Keine strategische Beschaffung*

#### 5.1.9 Eignungskriterien

**Quellen der Auswahlkriterien:** *Bekanntmachung*

**Kriterium:** *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

**Beschreibung des Auswahlkriteriums:** Eignung - Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:  
Die Eignung ist mit dem Angebot durch den Nachweis einer Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. VHB-Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) nachzuweisen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind die im VHB-Formblatt 124 angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zur Erfüllung des Auftrages andere Unternehmen (Nachunternehmer) einzusetzen, ist auf Verlangen deren jeweilige Nummer in der Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) anzugeben oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem VHB-Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens zu verweisen (Eignungsleihe), so muss der Bieter für den (jeweiligen) Eignungsleihgeber die Nummer in der Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) angeben oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß diesem Formblatt für dieses Unternehmen vorzulegen. Darüber hinaus muss der Bieter seine tatsächliche Zugriffsmöglichkeit auf dieses Unternehmen durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des Eignungsleihgebers nachweisen.

Das VBH-Formblatt 124 ist abrufbar unter:  
<https://www.swr.de/unternehmen/ausschreibungen/vhb-formular-124->

Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind für nicht präqualifizierte Unternehmen in der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

- Gewerbeanmeldung
- Handelsregisterauszug
- Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen der tariflichen Sozialkasse
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen
- Freistellungsbescheinigung nach § 48b EstG
- qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angaben der Lohnsummen

Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben gleichwertige Bescheinigungen von anerkannten Stellen ihres Herkunftslandes vorzulegen.

Der Auftraggeber wird für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundeszentralregister anfordern. Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen.

**Kriterium:** *Durchschnittliche jährliche Belegschaft*

**Beschreibung des Auswahlkriteriums:** Eignung - Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Die Eignung ist mit dem Angebot durch den Nachweis einer Eintragung in die Liste des

Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V.  
(Präqualifikationsverzeichnis)

oder Eigenerklärungen gem. VHB-Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) nachzuweisen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind

die im VHB-Formblatt 124 angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zur Erfüllung des Auftrages andere Unternehmen (Nachunternehmer)

einzusetzen, ist auf Verlangen deren jeweilige Nummer in der Liste des Vereins für

Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis)

anzugeben  
oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und  
Bescheinigungen gemäß  
dem VHB-Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten  
eines anderen  
Unternehmens zu verweisen (Eignungsleihe), so muss der Bieter für den  
(jeweiligen)  
Eignungsleihgeber die Nummer in der Liste des Vereins für  
Präqualifikation von Bauunternehmen  
e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) angeben oder es sind das VHB-  
Formblatt 124 sowie  
die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß diesem Formblatt für dieses  
Unternehmen  
vorzulegen. Darüber hinaus muss der Bieter seine tatsächliche  
Zugriffsmöglichkeit  
auf dieses Unternehmen durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des  
Eignungsleihgebers  
nachweisen.

Das VHB-Formblatt 124 ist abrufbar unter:  
<https://www.swr.de/unternehmen/ausschreibungen/vhb-formular-124-100.pdf>

Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind für nicht  
präqualifizierte Unternehmen  
in der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle  
vorzulegen:  
- Erklärung über die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen  
Kalenderjahren jahresdurchschnittlich  
beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra  
ausgewiesenem Leitungspersonal

#### **Kriterium:** *Referenzen zu bestimmten Arbeiten*

**Beschreibung des Auswahlkriteriums:** Eignung - Technische und  
berufliche Leistungsfähigkeit

Die Eignung ist mit dem Angebot durch den Nachweis einer Eintragung in  
die Liste des  
Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V.  
(Präqualifikationsverzeichnis)  
oder Eigenerklärungen gem. VHB-Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur  
Eignung) nachzuweisen.

Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere  
Wahl, sind  
die im VHB-Formblatt 124 angegebenen Bescheinigungen innerhalb von 6  
Kalendertagen  
nach Aufforderung vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zur Erfüllung des Auftrages andere Unternehmen



(Nachunternehmer)  
einzusetzen, ist auf Verlangen deren jeweilige Nummer in der Liste des Vereins für  
Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) anzugeben  
oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß  
dem VHB-Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen vorzulegen.

Beabsichtigt der Bieter zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten eines anderen  
Unternehmens zu verweisen (Eignungsleihe), so muss der Bieter für den (jeweiligen)  
Eignungsleihgeber die Nummer in der Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen  
e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) angeben oder es sind das VHB-Formblatt 124 sowie  
die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß diesem Formblatt für dieses Unternehmen  
vorzulegen. Darüber hinaus muss der Bieter seine tatsächliche Zugriffsmöglichkeit  
auf dieses Unternehmen durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung des Eignungsleihgebers  
nachweisen.

Das VHB-Formblatt 124 ist abrufbar unter:  
<https://www.swr.de/unternehmen/ausschreibungen/vhb-formular-124-100.pdf>

Folgende Nachweise, Angaben und Unterlagen sind für nicht präqualifizierte Unternehmen  
in der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

- drei Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:  
Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum;  
stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges  
einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten  
Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen  
Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich  
eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau,  
Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner,  
Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert  
wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

#### 5.1.10 Zuschlagskriterien

**Kriterium:**

**Art:** *Preis*

**Beschreibung:** Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebots ermittelt.

**Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann:** Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

#### 5.1.11 Auftragsunterlagen

**Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen:** *Deutsch*

**Internetadresse der Auftragsunterlagen:**

<https://www.swr.de/unternehmen/organisation/ausschreibungen-104.html>

#### 5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

**Bedingungen für die Einreichung:**

**Elektronische Einreichung:** *Erforderlich*

**Adresse für die Einreichung:** <https://it-vergabe.eu/vergabe/angebot/9c0ea856883c85c0177cd6c9c662ec8f>

**Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:** *Deutsch*

**Elektronischer Katalog:** *Nicht zulässig*

**Nebenangebote:** *Nicht zulässig*

**Die Bieter können mehrere Angebote einreichen:** *Zulässig*

**Frist für den Eingang der Angebote:** 14/07/2026 10:00 +02:00

**Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss:** 93 Tag

**Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:**

*Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.*

**Zusätzliche Informationen:** Nach Ablauf der Angebotsfrist und im Rahmen der Angebotsauswertung kann es zu Nachforderungen bzw. Aufklärungen zu den Angeboten seitens des Auftraggebers kommen.

**Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:**

**Datum des Eröffnungstermins:** 14/07/2026 10:01 +02:00

**Eröffnungstermin - Beschreibung:** Zur Öffnung der Angebote sind Bieter nicht zugelassen.

Nach Ablauf der Angebotsfrist senden wir Ihnen das Submissionsergebnis (Inhalt gemäß

§ 14 EU Abs. 6 VOB/A) in der Regel innerhalb von 3 Arbeitstagen an die von Ihnen in den Angebotsunterlagen angegebene E-Mail-Adresse zu.

**Auftragsbedingungen:**

**Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:**  
*Nein*

**Elektronische Rechnungsstellung:** *Erforderlich*

**Aufträge werden elektronisch erteilt:** **ja**

**Zahlungen werden elektronisch geleistet:** **ja**

**5.1.15 Techniken**

**Rahmenvereinbarung:**

*Keine Rahmenvereinbarung*

**Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:**

*Kein dynamisches Beschaffungssystem*

**5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

**Schlichtungsstelle:** IHK Karlsruhe

**Überprüfungsstelle:** Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

**Informationen über die Überprüfungsfristen:** Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Nach § 160 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer unzulässig soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags anerkennt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags  
nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:** Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

## 8 Organisationen

### 8.1 ORG-0000

**Offizielle Bezeichnung:** Südwestrundfunk  
Anstalt des öffentlichen Rechts

**Identifikationsnummer:** t07119290

**Abteilung:** Baueinkauf

**Postanschrift:** Neckarstraße 230

**Ort:** Stuttgart

**Postleitzahl:** 70190

**NUTS-3-Code:** *Stuttgart, Stadtkreis* (DE111)

**Land:** *Deutschland*

**Kontaktstelle:** Baueinkauf

**E-Mail:** einkauf-bau@swr.de

**Telefon:** 000

**Internet-Adresse:** <https://www.swr.de>

**Rollen dieser Organisation:**

**Beschaffer**

### 8.1 ORG-0001

**Offizielle Bezeichnung:** Vergabekammer Baden-Württemberg beim  
Regierungspräsidium Karlsruhe

**Identifikationsnummer:** 08-A9866-40

**Postanschrift:** Durlacher Allee 100

**Ort:** Karlsruhe

**Postleitzahl:** 76137

**NUTS-3-Code:** *Karlsruhe, Stadtkreis* (DE122)

**Land:** *Deutschland*

**E-Mail:** vergabekammer@rpk.bwl.de

**Telefon:** +49 (721) 926-8730

**Rollen dieser Organisation:**

**Überprüfungsstelle**

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt**

#### 8.1 ORG-0002

**Offizielle Bezeichnung:** IHK Karlsruhe

**Identifikationsnummer:** DE 143588945

**Ort:** Karlsruhe

**Postleitzahl:** 76133

**NUTS-3-Code:** *Karlsruhe, Stadtkreis* (DE122)

**Land:** *Deutschland*

**E-Mail:** info@karlsruhe.ihk.de

**Telefon:** +49 721174290

**Rollen dieser Organisation:**

**Schlichtungsstelle**

#### **Informationen zur Bekanntmachung**

**Kennung/Fassung der Bekanntmachung:** 739c8959-86b1-4f36-8cf0-6e113cab3ed8 - 01

**Formulartyp:** *Wettbewerb*

**Art der Bekanntmachung:** *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

**Datum der Übermittlung der Bekanntmachung:** 08/06/2026 17:31 +02:00

**Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist:** *Deutsch*

Vergabenummer	
---------------	--

Baumaßnahme

Leistung

**BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN****1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)****1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):**

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☐ \_\_\_\_\_
- ☐ spätestens \_\_\_\_\_ Werktagen nach Zugang des Auftragsschreibens.
- ☐ in der \_\_\_\_\_ KW \_\_\_\_\_, spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Absatz 2 Satz 2 VOB/B). Die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum \_\_\_\_\_ zugehen; Ihr Auskunftsrecht gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 VOB/B bleibt hiervon unberührt.

- ☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)

- ☐ \_\_\_\_\_
- ☐ innerhalb von \_\_\_\_\_ Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
- ☐ in der \_\_\_\_\_ KW \_\_\_\_\_, spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

**1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Absatz 1 VOB/B sind:**

- ☒ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☒ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☐ folgende als Vertragsfrist vereinbarte Einzelfristen
- ☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan:

☐**2 Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)****2.1 Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:**

- ☐ \_\_\_\_\_ € (ohne Umsatzsteuer)
- ☐ \_\_\_\_\_ Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer; Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

**2.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt \_\_\_\_\_ Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Satz 1 genannten Prozentsatz des Teils der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.**

- 2.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.
- 3 Zahlung (§ 16 VOB/B)**
- Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Absatz 3 Nummer 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Absatz 5 Nummer 3 VOB/B verlängert auf \_\_\_\_\_ Tage.
- 4 Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)**
- ☐ Auf Sicherheit für die Vertragserfüllung wird verzichtet.
- ☐ Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.
- 5 Sicherheitsleistung für Mängelansprüche**
- ☐ Auf Sicherheit für die Mängelansprüche wird verzichtet.
- ☐ Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt drei Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).
- 6 Bürgschaften (§ 17 VOB/B)**
- Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden, und zwar für
- die Vertragserfüllung das Formblatt 421 "Vertragserfüllungsbürgschaft"
  - die Mängelansprüche das Formblatt 422 "Mängelansprüchebürgschaft"
  - vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt 423 „Abschlagszahlungs-/Vorauszahlungsbürgschaft“
- 7 Technische Spezifikationen**
- Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Bewertungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.
- 8 Werbung**
- Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
- 9 frei**
- 10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen**

<b>SWR</b> ➤	Projekt: Multimediales Aktualitätshaus Mainz	1 Seite 4
	Vergabenummer: 2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung	
	Ergänzung zu VHB-Formblatt 214 - Besondere Vertragsbedingungen	

## **Ergänzung zu VHB-Formblatt 214 – Besondere Vertragsbedingungen**

### **10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen**

#### **10.1 Mitwirkung des Auftraggebers**

Sicht- und Freigabevermerke des Auftraggebers oder dessen Beauftragten auf Plänen und Unterlagen des Auftragnehmers entbinden den Auftragnehmer nicht von seiner eigenen Verantwortung und Mängelhaftung und stellen für sich genommen weder eine Abnahme oder ein Anerkenntnis dar, noch die Anordnung etwaiger Nachträge im Sinne von geänderten oder zusätzlichen Leistungen (§1 Abs. 3 oder 4 VOB/B).

#### **10.2 Übergabe von Ausführungszeichnungen und Herstellen von Zeichnungen und Unterlagen**

10.2.1 Die Ausführungszeichnungen stehen dem Auftragnehmer auf elektronischem Wege zur Verfügung.

10.2.2 Leistungen des Auftragnehmers: Zeichnungen, Berechnungen oder andere Unterlagen, die der Auftragnehmer nach dem Vertrag, den Technischen Vertragsbedingungen oder als Nebenleistung nach VOB/C zu beschaffen oder zu erstellen hat, sind in deutscher Sprache auf Grundlage der Vorgaben des Auftraggebers nach den Ausschreibungsunterlagen anzufertigen. Die Unterlagen haben alle Angaben zu erhalten, die zur fachtechnischen Prüfung und zur Beurteilung der Übereinstimmung mit den Vorgaben des Auftraggebers und den Ausschreibungsunterlagen erforderlich sind.

10.2.3 Die vom Auftragnehmer zu erstellenden Unterlagen, insbesondere Werkstatt- und Montagepläne sind dem Auftraggeber rechtzeitig bzw. nach einem etwaig hierfür vereinbarten Terminplan elektronisch vorzulegen.

10.2.4 Der Auftragnehmer hat Unterlagen des Auftraggebers oder dessen Vertretung sofort nach Erhalt auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen.

10.2.5 Alle in den Ausführungszeichnungen angegebenen Maße müssen, soweit sie Leistungen des Auftragnehmers betreffen, vom Auftragnehmer geprüft bzw. am Bau überprüft oder genommen werden.

#### **10.3 Bauablaufplan**

Der Auftragnehmer hat einen nach Bauabschnitten und Arbeitsabschnitten getrennten, detaillierten Bauablaufplan über seine vertraglichen Leistungen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und auftraggeberseitig überwacht werden kann, zu erstellen. Die Aufgliederung des Bauablaufplans hat zeitlich nach 1 KW zu erfolgen.

Die Vertragsfristen ergeben sich aus den Besonderen Vertragsbedingungen (Formular 214).

Der Plan ist dem Auftraggeber 10 Werktage nach Auftragserteilung, bei Überarbeitung unverzüglich elektronisch zu übergeben.

Der Bauablaufplan ist vom Auftragnehmer zudem stets auf der Baustelle vorzuhalten.

Die Erstellung und Fortschreibung des Bauablaufplans wird nicht gesondert vergütet und ist in die vertraglichen Einheitspreise einzurechnen.



<b>SWR</b> ➤	Projekt: Multimediales Aktualitätshaus Mainz	2 Seite 4
	Vergabenummer: 2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung	
	Ergänzung zu VHB-Formblatt 214 - Besondere Vertragsbedingungen	

#### **10.4 Bauwasser, Baustrom**

Für die Zurverfügungstellung von Baustrom und Bauwasser und der diesbezüglichen Messeinrichtungen und Zähler, etc. bzw. für die Bereitstellung und den Verbrauch von Versorgungsmedien durch den Auftraggeber werden dem Auftragnehmer je 0,1 % der Nettoabrechnungssumme pauschal berechnet (gesamt 0,2%).

#### **10.5 Baubesprechungen und vom Auftragnehmer eingesetzte Leitungspersonen**

10.5.1 Der Auftragnehmer hat einen fachlich geeigneten Ansprechpartner als seinen Vertreter zu bestellen, der auf der Baustelle anwesend und bevollmächtigt ist, alle zur Vertragsabwicklung erforderlichen Auskünfte zu erteilen, Anweisungen des Auftraggebers entgegenzunehmen und erforderlichenfalls sofort ausführen zu lassen. Dieser bevollmächtigte Vertreter hat auch an den Baustellenbesprechungen, die der Auftraggeber regelmäßig durchführt, teilzunehmen. Die Besprechungen finden jeweils wöchentlich statt.

Auf der Baustelle muss stets ein verantwortlicher Ansprechpartner des Auftraggebers anwesend sein, welcher der deutschen Sprache mächtig ist.

Der Sicherheitsverantwortliche des Auftragnehmers auf der Baustelle ist schriftlich zu benennen.

10.5.2 Die Benennung des Fachbauleiters / des verantwortlichen Bauleiters des Auftragnehmers hat spätestens eine Woche nach Zugang des Auftragsschreibens zu erfolgen.

Fachbauleiter / verantwortliche Bauleiter dürfen nur aus wichtigem Grund in Absprache mit dem Auftraggeber oder der der Bauüberwachung ausgetauscht werden. Der Wechsel des Fachbauleiters / verantwortlichen Bauleiters ist rechtzeitig vorher mit aussagekräftiger Begründung anzukündigen.

#### **10.6 Baustelleneinrichtung und -betrieb**

10.6.1 Das Personal des Auftragnehmers darf sich auf dem Gelände des Auftraggebers nur im Baustellenbereich aufhalten. Der Zutritt zu etwaigen anderen Gebäudebereichen auf dem Gelände des Auftraggebers ist untersagt.

10.6.2 Bei Verwendung oder Einbau von Gefahrenstoffen sind der Bauüberwachung des Auftraggebers und dem Koordinator nach § 3 BaustellV („SiGeKo“) vor Einbau die EN-Sicherheitsdatenblätter vorzulegen. Diese Unterlagen sind dem Auftraggeber zusätzlich im Rahmen der Dokumentation einzureichen.

10.6.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, in ausreichenden Abständen im Regelfall wöchentlich, die von ihm betriebenen bzw. vorgehaltenen Einrichtungen wie Beleuchtung, Treppen, Gerüste, Absperrungen usw. zu kontrollieren und bei Bedarf zu reparieren und die Ergebnisse in den Bautagesberichten zu vermerken. Die Kosten hierfür sind von den vertraglichen Einheitspreisen abgegolten. Gesetzliche Ansprüche des Auftragnehmers wegen einer Beschädigung seines Eigentums bleiben unberührt.

#### **10.7 Bautagesberichte**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Bautagesberichte zu führen und diese unterschrieben sowie mit aussagekräftiger Angabe des Verfassers der Bauüberwachung des Auftraggebers täglich zur Bestätigung vorzulegen bzw. bei Abwesenheit der Bauüberwachung im Baubüro zu hinterlegen. Die Bautagesberichte sind entsprechend dem Formblatt 411 des Vergabehandbuchs VHB Bund abzufassen. Der Bauüberwachung ist jeweils eine Kopie des gegengezeichneten Bautagesberichts zu überlassen.

<b>SWR</b> ➤	Projekt: Multimediales Aktualitätshaus Mainz	3 Seite 4
	Vergabenummer: 2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung	
	Ergänzung zu VHB-Formblatt 214 - Besondere Vertragsbedingungen	

## **10.8 Bauschutt-/Müllentsorgung**

10.8.1 Der Auftragnehmer hat die laufende Baureinigung, wozu auch die Beseitigung des von Ihm verursachten Bauschutts zu zählen ist, selbsttätig, arbeitstäglich und fortlaufend vorzunehmen.

### **Für das konkrete Bauvorhaben gelten zudem folgende Besonderheiten:**

10.8.2 Der Auftragnehmer hat die Baureinigung und die Entsorgung des Bauschutts zu tragen. Die Baureinigung hat so zu erfolgen, dass die Baustelle stets (vor Allem nach Feierabend oder vor dem Wochenende) ordentlich und sauber gehalten wird. Die Festlegung der Sauberkeit erfolgt im Ermessen des Auftraggebers. Der Auftragnehmer hat sich einmal wöchentlich – für jede Woche, in der er auf der Baustelle tätig ist – eine Bescheinigung der Bauleitung des Auftraggebers darüber ausstellen lassen, dass er in seinem Bereich Ordnung und Sauberkeit hergestellt hat. Für den Fall, dass die Bescheinigung nicht ausgestellt wird, hat der Auftragnehmer eine Reinigungspauschale in Höhe von 1.500 € / Woche, für welche keine Bescheinigung ausgestellt wird, zu zahlen. Der Betrag wird von der Abschlagsrechnungssumme des Auftragnehmers einbehalten. Sollte der Auftragnehmer mit der Zurückhaltung der Bescheinigung nicht einverstanden sein, hat er nachzuweisen (z.B. mit Bildern), dass die Ordnung und Sauberkeit auf der Baustelle hergestellt und eingehalten wurden.

## **10.9 Stundenlohnarbeiten**

Mit der Ausführung von Stundenlohnarbeiten ist erst nach Anordnung des Auftraggebers zu beginnen. Der Umfang der im Einzelfall zu erbringenden Leistungen wird bei der Anordnung festgelegt.

## **10.10 Baustellenordnung – SiGe-Koordination, Baustellensicherheit**

10.10.1 Der Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan nach § 3 Abs. 2 BaustellV sowie sonstige Hinweise des Koordinators nach § 3 Abs. 2 und 3 BaustellV sowie die vertragliche vereinbarte Baustellenordnung sind für den Auftragnehmer bindend.

Der Auftraggeber, die Bauüberwachung sowie den von ihm nach § 3 Abs. 1 BaustellV bestellte Koordinator (SiGe-Koordinator) ist im Rahmen der ihm nach der BaustellV obliegenden Pflichten berechtigt, Weisungen zum Sicherheits- und Gesundheitsschutz zu erteilen. Diese sind vom Auftragnehmer zu beachten.

Personen, die gegen Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften verstoßen oder die Hinweise des Koordinators nicht beachten oder dessen Weisungen nicht unverzüglich Folge leisten, darf der Auftraggeber oder die Bauüberwachung nach erfolgloser Abmahnung von der Baustelle verweisen.

10.10.2 Sollte der Auftragnehmer beabsichtigen, von Arbeits-, Fertigungs- oder Montageverfahren, Arbeitsabläufen und Arbeitszeiten, die nach dem Vertrag vorgesehen oder vom Auftragnehmer (z. B. im Aufklärungsgespräch) angekündigt worden sind, abzuweichen, ist der Auftraggeber unverzüglich hierüber zu informieren. Eine Berechtigung des Auftragnehmers zu solchen Abweichungen wird durch die vorstehenden Bestimmungen nicht begründet.

## **10.11 Abrechnung**

10.11.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle Rechnungen nach den Bestimmungen der Steuergesetzgebung (u. a. formale Erfordernisse nach § 14 UStG) aufzustellen.

10.11.2 Der Auftragnehmer hat seine Abrechnungsunterlagen zur Prüfbarkeit mindestens mit Abrechnungsplänen und Aufmaßen elektronisch einzureichen.

<b>SWR</b> ➤	Projekt: Multimediales Aktualitätshaus Mainz	4 Seite 4
	Vergabenummer: 2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung	
	Ergänzung zu VHB-Formblatt 214 - Besondere Vertragsbedingungen	

- 10.11.3 Die Vorlage der Abrechnungsunterlagen hat elektronisch anhand einer Austauschdatei im Format DA 11 gemäß den Regelungen für die elektronische Bauabrechnung REB und des gemeinsamen Ausschusses für Elektronik und Bauwesen GAEB zu erfolgen. Es darf mit einem Aufmaßblatt nur jeweils eine Position des Leistungsverzeichnisses abgerechnet werden.

Liegt dem Vertrag ein Leistungsverzeichnis zugrunde, ist bei dem in der Rechnung aufgeführten Rechnungsbetrag die Position des Leistungsverzeichnisses anzugeben, auf die sich der Rechnungsbetrag jeweils bezieht. Nachtragsleistungen (geänderte und zusätzliche Leistungen) sind in der Rechnung im Anschluss an die Positionen des Leistungsverzeichnisses unter gesonderten Nachtragspositionen abzurechnen.

Leistungsteile, die auf einem Zusatz- und Ergänzungsauftrag beruhen, sind auf Verlangen des Auftraggebers gesondert abzurechnen.

## 10.12 Webcams

Der Einsatz von zwei Webcams ist vorgesehen, es gilt Folgendes:

Die Webcams dienen allein dem Auftraggeber und dessen Bauüberwachung für die Zwecke der Überwachung des Baufortschritts und der vertragsgemäßen Ausführung. Die Webcams halten hierfür Standbilder in einer noch festzulegenden Taktung fest. Die Auflösung der Bilder ist so gewählt, dass hierauf eine Erkennung von einzelnen Personen nicht möglich ist. Die Standbilder werden nur für die vorgenannten Zwecke verwendet und außerhalb dieser Zwecke weder dem Auftragnehmer noch Dritten zugänglich gemacht. Es gelten die einschlägigen Datenschutzbestimmungen.

## 10.13 Bauschild/Firmentafeln

Das Anbringen eigener Firmentafeln auf der Baustelle (z. B. an Bauzäunen, Gerüsten, Containern) wird nicht zugelassen. Es wird eine gemeinsame Bautafel angebracht, auf der auf Wunsch für den Auftragnehmer eine Firmenleiste angebracht wird. Die Herstellungskosten der Firmenleiste hat der AN zu tragen (200 € netto / Stück).

## 10.14 Verschwiegenheit / Vertraulichkeit

Der Bieter hat alle Geschäftsvorgänge, -abläufe, Pläne, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, Unterlagen und Daten sowie als vertraulich bezeichnete oder aufgrund sonstiger Umstände erkennbar als vertraulich zu behandelnde Informationen des Auftraggebers oder der mit dem Auftraggeber verbundenen Unternehmen, die ihm aufgrund der Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber bekannt werden, vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung gilt auch über das Ende des Vertrages hinaus. Der Bieter gewährleistet die Einhaltung der Vertraulichkeit und trifft hierfür geeignete Vorkehrungen, um die Vertraulichkeit sicherzustellen. Er sichert zu, alle für ihn im Rahmen dieses Vergabeverfahrens und der Vertragsabwicklung tätigen Personen auf die Vertraulichkeit zu verpflichten.

Die zum Schutze der Vertraulichkeit getroffenen Vorkehrungen und die Einhaltung der Vertraulichkeit, seitens der im Rahmen dieses Vergabeverfahrens und der Vertragsabwicklung tätigen Personen werden vom Bieter laufend überprüft.

Ein Verstoß des Bieters gegen die Verschwiegenheitspflicht verpflichtet zum Ersatz aller hieraus erwachsenden Schäden.

	Vergabenummer	
Baumaßnahme		
Leistung		

## Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

### Bearbeitungsphasen, Datenaustausch, allgemeine Regelungen

#### 1 Bearbeitungsphasen

Datenaustausch ist von der ausschreibenden Stelle / dem Auftraggeber vorgesehen für folgende Bearbeitungsphasen:

- Angebotsanforderung
- Angebotsabgabe
- Abrechnung.

#### 2 Datenaustausch

Werden Angebotsdaten elektronisch ausgetauscht, erfolgt dies nach den Regelungen des Gemeinsamen Ausschusses Elektronik im Bauwesen – GAEB, Schnittstelle DA XML. Der Datenaustausch für die Abrechnung ist nach den Verfahrensbeschreibungen der Regelungen für Elektronische Bauabrechnung durchzuführen. Der Datenaustausch nach anderen Regelungen (z.B. Edifact) ist im Einzelfall zu vereinbaren.

Die Datenträger sind so zu kennzeichnen, dass eine eindeutige Zuordnung zum Vergabeverfahren bzw. zum Vertrag gewährleistet ist.

#### 3 Abweichungen zwischen Datenaustauschdateien und schriftlicher Fassung

Die Datenaustauschdateien gelten als Arbeitsmittel, es sei denn, sie werden im Rahmen eines elektronischen Vergabeverfahrens über eine Vergabepattform ausgetauscht. Bei Abweichungen zwischen den Datenaustauschdateien und der schriftlichen Fassung der Vergabe- oder Abrechnungsunterlagen gilt die schriftliche Fassung. Inhaltliche Unterschiede gegenüber dem Datenträger sind vom Unternehmer in der schriftlichen Fassung zu kennzeichnen.

<b>SWR</b> ➔	Projekt: Multimediales Aktualitätshaus Mainz	1 Seite 2
	Vergabenummer: 2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung	
	Besondere Vertragsbedingungen LTMG BW	

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und  
Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz  
für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg  
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)  
(Stand 02.11.2020)**

## **1. Mindestentgelte**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben 2 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

## **2. Nachunternehmen**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

<b>SWR</b> ➤	Projekt: Multimediales Aktualitätshaus Mainz	2 Seite 2
	Vergabenummer: 2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung	
	Besondere Vertragsbedingungen LTMG BW	

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

### 3. Kontrolle

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

### 4. Sanktionen

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.


(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG 4

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.



	Projekt: Multimediales Aktualitätshaus Mainz	1 Seite 1
	Vergabenummer: 2026-36-BAU-EU Heizung Kälte Lüftung	
	Sicherheitsgebote	

## Sicherheitsgebote

Die nachfolgenden Sicherheitsgebote sind von allen Firmen zu beachten, die aufgrund eines SWR-Auftrages berechtigt sind, auf dem SWR-Betriebsgelände innerhalb und außerhalb von Gebäuden des SWR **Arbeiten mit Brandgefahr** durchzuführen. Als Arbeiten mit Brandgefahr gelten alle Schweiß- und Schneidearbeiten, das Arbeiten mit Lötbrennern, Lötlampen und Trennschleifern, sowie andere funkenbildende Arbeiten und solche mit offener Flamme oder Arbeiten, bei denen brandgefährliche Stoffe frei werden.

- Vor Beginn der Arbeiten** ist die im Auftrag benannte Person über die Aufnahme der Arbeiten **zu unterrichten**. Der **Erlaubnisschein für feuergefährliche Arbeiten** ist in Abstimmung mit der Ansprechperson **vollständig auszufüllen**. Eine angemessene Frist von mindestens einem Tag ist einzuhalten. Ein **eigenmächtiger Beginn der Arbeiten**, auch außerhalb der örtlich üblichen Dienstzeiten oder an Samstagen, Sonntagen oder Feiertagen, **ist untersagt**.
- An allen SWR-Standorten sind für den Brandschutz in verschiedenen Räumen empfindliche **Rauchmelder** angebracht, die nicht nur auf Brandgase, sondern auch auf Zigarettenrauch, Staubentwicklung, Wasserdampf u. ä. ansprechen und einen automatischen Brandalarm auslösen, der zu **Anfahrt der Feuerwehr führt. Die Kosten hierfür trägt der Verursacher**.
- Schweißarbeiten sind nur erfahrenen Arbeitskräften zu übertragen, die sich der damit verbundenen Gefahren voll bewusst sind.
- Bewegliche brennbare Gegenstände und lagernde entzündliche Stoffe, auch Staub und Abfälle sind vor Beginn der Arbeiten aus der Umgebung der Arbeitsstelle zu entfernen.
- Ortsfeste brennbare Bauteile, wie z. B. Balkenwerk, Holzwände, Holzböden, Holztüren o.ä. sind vor Beginn der Arbeiten durch nicht entflammbare Schutzbeläge, Wasser, feuchte Tücher oder Sand zuverlässig gegen Flammen, Funken und glühende Metallteilchen zu schützen.
- Decken- und Wanddurchbrüche, Rohrdurchlässe, Fugen und Ritzen sind vor Beginn der Arbeiten gegen die Nachbarräume funkensicher abzudichten. Die neben bzw. über und unter der Arbeitsstelle liegenden Räume sind während der Ausführung der Arbeiten laufend auf Brandentstehung (z. B. durch Wärmeleitung, Funkenflug oder dergleichen) zu untersuchen.
- Brennbare Umkleidungen, Isolierungen aus Holzwole oder Torfmull und dergleichen sind vor Beginn der Arbeiten aus der Gefahrenzone zu entfernen.
- Behälter, Rohrleitungen und Kanäle für brandgefährliche Stoffe, Flüssigkeiten oder Gase sind vor Arbeitsbeginn zu entleeren, zu reinigen und, soweit möglich, mit Wasser zu füllen. Ist eine Füllung mit Wasser nicht möglich, so sind die erwähnten Teile mit Stickstoff oder Kohlensäure zu füllen.
- Löschwasservorrat und geeignete Handfeuerlöcher sind stets vor Arbeitsbeginn in ausreichender Menge bereitzustellen. Falls erforderlich, ist die Bereitstellung der Löschgeräte von der ausführenden Firma zu veranlassen.
- Beim zeitweiligen Ablegen von Schweiß- und Schneidbrennern sowie Lötlampen ist die offene Flamme dauernd zu beobachten.
- Sofort nach Abschluss der Arbeiten** sind die Arbeitsstelle, die neben, über und unter der Arbeitsstelle liegenden Räume und die weiteren Gefahrenzonen auf Brand, Rauch oder Brandgeruch mehrmals gründlich, mindestens noch 3 Stunden nach Abschluss der Arbeiten, zu überprüfen. Beim Ablöschen auch geringfügiger Brand- oder Glimmstellen ist besondere Sorgfalt geboten, vor allem ist auf schwer zugängliche Stellen zu achten.
- Falls der Schweißer selbst nicht so lange an der Arbeitsstelle bleiben kann, darf er diese nicht verlassen, bevor sichergestellt ist, dass ein anderer zuverlässiger Kollege, eine Brandwache der Feuerwehr oder ein ausgewiesener SWR-Angehöriger die Überprüfung übernommen hat.
- Der **Abschluss der Arbeiten** ist der im SWR-Auftrag benannte Person **anzuzeigen**.
- Sofern kein ausreichender Feuerschutz sichergestellt oder möglich ist, müssen Arbeiten mit Schweißgeräten, Lötlampen und dergleichen unterbleiben und durch gefahrlose Verfahren wie Sägen, Meißeln oder Schrauben, ersetzt werden.

**Allgemeine Beschaffungsbedingungen**  
**des Südwestrundfunks AöR (SWR), des Bayerischen Rundfunks (BR) und des Saarländischen Rundfunks (SR) und deren verbundenen**  
**Unternehmen für Lieferungen und Leistungen (Stand 01.05.2023)**

**1. Geltungsbereich**

1. Diese Allgemeinen Beschaffungsbedingungen für Lieferungen und Leistungen (nachfolgend **Allgemeine Beschaffungsbedingungen** genannt) gelten nur gegenüber Unternehmern in Ausübung ihrer gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit und gegenüber juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Sie gelten für den gesamten Geschäftsverkehr zwischen dem Südwestrundfunk AöR (nachfolgend **SWR** genannt), dem Bayerischen Rundfunk AöR (nachfolgend **BR** genannt), dem Saarländischen Rundfunk AöR (nachfolgend **SR** genannt) sowie den mit dem SWR, BR oder SR verbundenen Unternehmen und dem Auftragnehmer, auch wenn sie bei späteren Verträgen nicht erwähnt werden. Der SWR, BR und SR sowie die mit dem SWR, BR oder SR verbundenen Unternehmen werden nachfolgend auch **Auftraggeber** genannt.
2. Soweit der Auftraggeber und der Auftragnehmer keine Regelungen vereinbart haben und auch in diesen Allgemeinen Beschaffungsbedingungen keine Regelungen enthalten sind, gelten ergänzend die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die des Bürgerlichen Gesetzbuchs („BGB“).
3. Entgegenstehende, zusätzliche oder von diesen Allgemeinen Beschaffungsbedingungen abweichende Bedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsinhalt, es sei denn, der Auftraggeber hätte ihrer Geltung schriftlich zugestimmt. Diese Allgemeinen Beschaffungsbedingungen gelten auch dann, wenn der Auftraggeber eine Lieferung oder Leistung des Auftragnehmers in Kenntnis seiner entgegenstehenden, zusätzlichen oder abweichenden Bedingungen vorbehaltlos annimmt.
4. Entgegenstehende, zusätzliche oder abweichende Vereinbarungen zu diesen Allgemeinen Beschaffungsbedingungen, die zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer zur Ausführung des Vertrags getroffen werden, sind schriftlich niederzulegen. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftformerfordernisses.
5. Soweit in diesen Allgemeinen Beschaffungsbedingungen eine Schriftlichkeit verlangt wird, genügen neben Briefen und Telefaxen auch E-Mails, Scans und andere elektronische Dokumente für die Einhaltung der Schriftlichkeit.
6. Rechte, die dem Auftraggeber nach den gesetzlichen Vorschriften oder nach sonstigen Vereinbarungen über diese Allgemeinen Beschaffungsbedingungen hinaus zustehen, bleiben unberührt.

**2. Vertragsschluss, Vertragsänderungen und Vertragsdurchführung, Genehmigungen und Abnahmen**

1. Angebote, Entwürfe, Planungen, Kostenvoranschläge, Proben und Muster des Auftragnehmers sind für den Auftraggeber kostenfrei. Auf Verlangen des Auftraggebers sind sie vom Auftragnehmer unverzüglich und auf eigene Kosten zurückzunehmen.
2. Eine Bestellung oder ein Auftrag (nachfolgend **Auftrag** genannt) wird erst verbindlich, wenn der Auftrag vom Auftraggeber schriftlich erteilt oder im Falle eines mündlichen, insbesondere telefonischen oder unter Verwendung sonstiger Fernkommunikationsmittel erteilten Auftrags vom Auftragnehmer ordnungsgemäß schriftlich bestätigt wurde. Ein mit Hilfe automatischer Einrichtungen erstellter Auftrag, bei dem Unterschrift und Namenswiedergabe fehlen, gilt als schriftlich. Soweit ein Auftrag offensichtliche Irrtümer, Schreib- oder Rechenfehler enthält, ist er für den Auftraggeber nicht verbindlich.
3. Der Auftragnehmer hat unverzüglich, spätestens eine Woche nach Eingang des Auftrags eine schriftliche Auftragsbestätigung zu erteilen, in der Preis und die Liefer- oder Leistungszeit ausdrücklich angegeben werden. Abweichungen der Auftragsbestätigung gegenüber dem Auftrag gelten erst als vereinbart, wenn sie vom Auftraggeber schriftlich bestätigt wurden. Entsprechendes gilt für spätere Vertragsänderungen.
4. Über Bedenken, die der Auftragnehmer gegen die vom Auftraggeber gewünschte Ausführung des Auftrags hat, ist der Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren.
5. Auftragsbestätigungen, Versandanzeigen, Frachtbriefe, Lieferscheine, Rechnungen und sonstige Schreiben des Auftragnehmers haben die Auftragsdaten, insbesondere Auftragsnummer, Auftragsdatum und die Nummer des Auftragnehmers, zu enthalten. Soweit die Lieferung in Teilen oder die Leistungserbringung in Teilen vereinbart ist, sind diese in den Auftragsbestätigungen, Versandanzeigen, Frachtbriefen, Lieferscheinen, Rechnungen und sonstigen Schreiben des Auftragnehmers deutlich als solche zu kennzeichnen.
6. Das Schweigen des Auftraggebers auf Angebote, Aufforderungen oder sonstige Erklärungen des Auftragnehmers gilt nur als Zustimmung, sofern dies schriftlich vereinbart wurde.
7. Zeigt sich bei der Durchführung eines Vertrags, dass Abweichungen von der ursprünglich vereinbarten Spezifikation oder ursprünglich vereinbarten Leistung erforderlich oder zweckmäßig sind, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu informieren und Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Der Auftraggeber wird dem Auftragnehmer mitteilen, ob und welche Änderungen er gegenüber dem ursprünglichen Auftrag vorzunehmen hat. Der Auftraggeber ist jederzeit zur Änderung des Auftrags im Rahmen des dem Auftragnehmer Zumutbaren berechtigt. Bei nachträglichen Änderungen ist dem Auftragnehmer bei Lieferungen eine angemessene Frist für die erforderlichen Änderungen der Produktion und bei Leistungen eine angemessene Frist für die erforderliche Umstellung der Leistungen zu gewähren. Verändern sich durch diese Änderungen die dem Auftragnehmer durch die Vertragsdurchführung entstehenden Kosten, verhandeln die Vertragsparteien über eine entsprechende Anpassung des Preises.
8. Wird ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenz- oder eines vergleichbaren Verfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers mangels Masse abgelehnt, ist der Auftraggeber berechtigt, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.
9. Der Auftragnehmer gewährleistet, bei der Vertragsdurchführung alle

einschlägigen gesetzlichen Sicherheitsvorschriften, Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Berufsgenossenschaft und die sicherheitstechnischen Festlegungen der DIN-, VDE-, VDI- und EU-Bestimmungen einzuhalten. Der Auftragnehmer sichert zu, dass von ihm zu liefernde Geräte - soweit anwendbar - die Anforderungen der CE-Zertifizierung der Europäischen Union erfüllen und entsprechend gekennzeichnet sind. Auf Anforderung hat der Auftragnehmer in geeigneter Weise die Einhaltung der vorgenannten Bestimmungen und Richtlinien nachzuweisen, soweit diese für die konkrete Vertragserfüllung einschlägig sind. Der Auftragnehmer darf insbesondere keine gefährlichen, gesundheits- oder umweltschädlichen Produkte oder Materialien liefern oder einbauen. Ferner gewährleistet der Auftragnehmer, die Arbeitsschutzvorschriften und die Unfallverhütungsvorschriften des jeweiligen Auftraggebers zu beachten und einzuhalten. Arbeitsschutzvorschriften und Unfallverhütungsvorschriften des jeweiligen Auftraggebers ergeben sich insbesondere aus dessen Sicherheitsmerkblatt und ggf. aus sicherheitstechnischen Anforderungen, die zur Verfügung gestellt werden. Die Sicherheitsmerkblätter sind im Internet unter folgenden Links abrufbar:

Sicherheitsmerkblatt des BR und dessen verbundenen Unternehmen:  
[www.br.de/agb](http://www.br.de/agb)

Sicherheitsmerkblatt des SWR und dessen verbundenen Unternehmen:  
[www.swr.de/ausschreibungen](http://www.swr.de/ausschreibungen)

10. Ist bei der Leistungserbringung auf dem Betriebsgelände des Auftraggebers mit besonderen Gefahren (Explosion, Feuer, Hitze- und Rauchentwicklung, Umweltbelastung etc.) zu rechnen, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu informieren und vorab die schriftliche Zustimmung des Auftraggebers zu diesen Arbeiten einzuholen. Kommt der Auftragnehmer dieser Pflicht nicht nach, so hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber den hieraus entstandenen Schaden und Kosten zu erstatten (Kosten für einen Feuerwehreinsatz etc.), es sei denn er hat die Pflichtverletzung nicht zu vertreten.
11. Werden bei der Vertragsdurchführung (Demontage, Umbauarbeiten etc.) gefährliche, gesundheits- oder umweltschädliche Materialien oder Gefahrenstoffe (Asbest etc.) vorgefunden oder entsteht der Verdacht auf das Vorhandensein solcher Materialien oder Gefahrenstoffe, so zeigt der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber unverzüglich an. Im Falle einer mündlichen Anzeige holt der Auftragnehmer die Anzeige unverzüglich schriftlich nach.
12. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Genehmigungen und Abnahmen von Ämtern und Behörden (z.B. Gewerbeaufsichtsamt, Bergamt) sowie Vereinen (z.B. Technischer Überwachungsverein) und Genossenschaften (z.B. Berufsgenossenschaft) beizubringen, wenn die Lieferungen oder Leistungen einer Genehmigung oder Abnahme von Ämtern, Behörden, Vereinen oder Genossenschaften bedürfen oder wenn Genehmigungen oder Abnahmen für die ordnungsgemäße Verwendung oder den Betrieb der Produkte oder der Leistungen erforderlich sind. Wird eine Genehmigung oder Abnahme aus Gründen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, nicht oder verzögert erteilt, so trägt der Auftragnehmer die dem Auftraggeber infolge der Nichterteilung oder verzögerten Erteilung entstandenen Kosten.

**3. Verpackung, Versand und Anlieferung**

1. Der Auftragnehmer hat die Vorgaben des Auftraggebers für den Versand der Produkte, insbesondere die jeweils geltenden Transport-, Verpackungs- und Anliefernsvorschriften zu beachten (vgl. hierzu auch Ziffer 6.1. dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen). Die Lieferung hat in einer der Art der Produkte entsprechenden Verpackung zu erfolgen. Insbesondere sind die Produkte so zu verpacken, dass Transportschäden vermieden werden. Verpackungsmaterialien sind nur in dem hierfür erforderlichen Umfang zu verwenden. Es dürfen nur umweltfreundliche und recyclingfähige Verpackungsmaterialien benutzt werden.
2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Transportversicherung abzuschließen (vgl. hierzu auch Ziffer 6.1. dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen).
3. Der Versand der Produkte ist dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen.
4. Sämtlichen Lieferungen ist ein Lieferschein mit den in Ziffer 2 Abs. 5 dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen genannten Daten beizufügen. Der Auftragnehmer hat in dem Lieferschein die einzelnen Posten in der Reihenfolge aufzuführen wie sie in dem Auftrag aufgeführt sind. Ferner hat der Auftragnehmer in dem Lieferschein die in dem Auftrag gebrauchten Bezeichnungen zu verwenden.
5. Die Anlieferungen erfolgen zu den üblichen Geschäftszeiten, sofern die Parteien keine abweichende Anlieferzeit vereinbart haben.

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen frei, die Dritte wegen Anlieferungen außerhalb dieser Zeiten geltend machen, es sei denn der Auftragnehmer hat die Anlieferung außerhalb der üblichen Geschäftszeiten nicht zu vertreten.

6. Wenn der Auftragnehmer die Produkte dem Auftraggeber bei der Anlieferung nicht persönlich übergibt, sondern abstellt, muss er sicherstellen, dass die Lieferung vor Zugriff Dritter geschützt ist, z.B. durch Abstellen der Lieferung hinter der ersten abschließbaren Tür oder das erste abschließbare Tor des Auftraggebers.

**4. Liefer- und Leistungszeit**

1. Die in dem Auftrag angegebenen oder auf andere Weise vereinbarten Fristen und Termine für die Lieferungen oder Leistungen sind verbindlich. Die Fristen laufen vom Zugang des Auftrags oder vom Datum der sonstigen Vereinbarung an. Maßgebend für die Einhaltung der Liefer- oder Leistungszeit ist bei Lieferungen der Eingang der Lieferung bei der vom Auftraggeber genannten Lieferadresse.



Sofern die Herstellung eines Werks oder die Erbringung einer sonstigen Leistung vereinbart ist, muss das Werk oder die Leistung innerhalb der Frist oder bis zu dem vereinbarten Termin ordnungsgemäß, insbesondere vollständig, hergestellt oder erbracht worden sein. Der Auftraggeber ist nicht zur Annahme von Teillieferungen oder Teilleistungen verpflichtet, sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist.

2. Sofern für den Auftragnehmer erkennbar wird, dass die Liefer- oder Leistungszeit nicht eingehalten werden kann, hat er den Auftraggeber unverzüglich schriftlich unter Angabe der Gründe und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung zu benachrichtigen.
3. Der Auftraggeber ist bei einer Verzögerung der Lieferung oder Leistung und nach Ablauf einer vom Auftraggeber gesetzten, angemessenen Frist ohne Rücksicht auf ein Verschulden des Auftragnehmers zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Im Falle des Verzugs des Auftragnehmers ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe von 0,5 % des Netto-Auftragswerts für jede angefangene Woche der Verzögerung, höchstens jedoch 5 % des Netto-Auftragswerts zu verlangen, es sei denn der Auftragnehmer hat den Verzug nicht zu vertreten. Nimmt der Auftraggeber die Lieferung oder Leistung an, so muss sich der Auftraggeber die Vertragsstrafe spätestens mit der Schlusszahlung vorbehalten. Ausgeschlossen sind Fälle höherer Gewalt. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Der Liefer- oder Leistungsanspruch des Auftraggebers wird erst ausgeschlossen, wenn der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers statt der Lieferung Schadensersatz leistet. Die Annahme der verspäteten Lieferung oder Leistung stellt keinen Verzicht auf Schadensersatzansprüche oder die Vertragsstrafe dar.

## 5. Nachunternehmer

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen ausschließlich mit fachlich geschultem, leistungsfähigem und zuverlässigem Personal durchzuführen. Im Falle einer Unterbeauftragung gilt dies auch für den beauftragten Nachunternehmer. Dazu gehört auch, dass die Nachunternehmer ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben etc. nachkommen und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen.
2. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das von ihm und das vom Nachunternehmer in Erfüllung dieses Vertrags eingesetzte Personal gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse hat und die sonstigen Melde- und Nachweispflichten erfüllt sind.
3. Der Auftragnehmer darf einen Nachunternehmer nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers mit der ganzen oder teilweisen Leistungserbringung beauftragen. Zur Einholung der Zustimmung hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber mindestens 14 Arbeitstage vor einer Unterbeauftragung schriftlich Art und Umfang der Leistung, die unterbeauftragt werden soll, sowie Name, Anschrift und Mitgliedschaft in der Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des zum Einsatz vorgesehenen Nachunternehmers mitzuteilen. Der Auftraggeber ist berechtigt, Nachweise über die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des vorgesehenen Nachunternehmers zu verlangen. Eine Zustimmung des Auftraggebers entbindet den Auftragnehmer nicht von seinen Pflichten, insbesondere nicht von seiner Pflicht zur Sicherstellung, dass die Nachunternehmer ihren gesetzlichen Pflichten nachkommen (vgl. vorstehenden Absatz 1 und Absatz 2 dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen).
4. Verlangt der Auftraggeber vom Auftragnehmer den Einsatz eines bestimmten Nachunternehmers für Leistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist, verpflichtet sich der Auftragnehmer, diesen Nachunternehmer zu beauftragen, wenn der Auftraggeber die erforderlichen, angemessenen und nachgewiesenen Mehrkosten übernimmt, die durch den Einsatz des vom Auftraggeber verlangten Nachunternehmers entstehen.

## 6. Preise und Zahlung

1. Der in dem Auftrag angegebene oder auf andere Weise vereinbarte Preis ist bindend (Festpreis). Mit dem Preis sind sämtliche Leistungen (einschließlich Nebenleistungen und etwaiger zusätzlicher Leistungen nach Ziffer 7 dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen) des Auftragnehmers abgegolten. Der Preis versteht sich bei Lieferungen mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung „frei Verwendungsstelle“ und schließt insbesondere die Kosten für Verpackung, Versand (einschließlich Versandvorrichtungen), Transport und Versicherung bis zu der vom Auftraggeber angegebenen Verwendungsstelle sowie Zölle und sonstige öffentliche Abgaben ein. Soweit die Versand- und Transportkosten im Einzelfall nicht in dem Preis enthalten sind und die Übernahme der Versand- und Transportkosten durch den Auftraggeber schriftlich vereinbart ist, gilt dies nur für die Kosten in Höhe des preisgünstigsten Versands und Transports, auch wenn zur Einhaltung der vereinbarten Fristen und Termine eine schnellere Beförderung erforderlich sein sollte.

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Art der Verpackung, das Transportmittel, den Transportweg und die Transportversicherung zu bestimmen (vgl. hierzu auch Ziffer 3.1. und Ziffer 3.2. dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen). Die Kosten für die Transportversicherung übernimmt der Auftragnehmer, sofern nichts anderes vereinbart ist (vgl. hierzu auch Ziffer 3.2. dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen).

2. Die gesetzliche Umsatzsteuer ist im Preis enthalten, sofern er nicht ausdrücklich als Nettopreis bezeichnet wird.
3. Wenn eine umsatzsteuerfreie Lieferung in Betracht kommt, hat der Auftragnehmer die erforderlichen Nachweise zu erbringen, soweit die Nachweise seinem Verantwortungsbereich zuzuordnen sind. Für Lieferungen innerhalb der Europäischen Union hat der Auftragnehmer unaufgefordert schriftlich seine USt.-Ident.-Nr. mitzuteilen, seine Unternehmereigenschaft nachzuweisen sowie an den buch- und belegmäßigen Ausfuhrnachweisen mitzuwirken.
4. Der Auftraggeber erhält die Rechnung des Auftragnehmers in einfacher Ausfertigung, sofern nicht ein elektronischer Versand per E-Mail vereinbart ist. Sie darf der Lieferung nicht beigelegt, sondern muss gesondert geschickt werden. Rechnungen ohne Auftragsnummer, Auftragsdatum oder Nummer des Auftragnehmers oder Rechnungen, die etwaige in dem Auftrag oder sonst gemachte Vorgaben an die Rechnungsstellung missachten, gelten mangels Prüfung und Bearbeitungsmöglichkeit als nicht zugegangen. Entsprechendes gilt, wenn bei

Lieferungen die gelieferten Produkte oder bei Leistungen die erbrachten Leistungen in der Rechnung nicht prüffähig aufgeführt werden und ferner bei Leistungen Material- und Stundennachweise fehlen. Schlussrechnungen sind als solche eindeutig zu kennzeichnen. Die Rechnungen sind an folgende Rechnungsadressen zu adressieren und ausschließlich elektronisch per E-Mail an folgende E-Mail-Adressen zu senden:

- a) SWR als Auftraggeber:  
Südwestrundfunk, Kreditorenbuchhaltung,  
76522 Baden-Baden  
rechnungseingang-swr@SWR.de
  - b) BR als Auftraggeber:  
Bayerischer Rundfunk, Kreditorenbuchhaltung,  
Rundfunkplatz 1, 80335 München  
Rechnungen@br.de
  - c) SR als Auftraggeber:  
Saarländischer Rundfunk, FB Rechnungswesen  
Funkhaus Halberg, 66100 Saarbrücken  
erba-sr@sr.de
5. Die Bezahlung erfolgt (1.) bei Lieferungen nach Annahme der Produkte und deren Abnahme, sofern eine solche vorgesehen ist, oder bei Leistungen nach ordnungsgemäßer Leistungserbringung und deren Abnahme und (2.) Erhalt der Rechnung innerhalb von 14 Kalendertagen unter Abzug von 3 % Skonto oder innerhalb von 30 Kalendertagen ohne Abzug. Die Zahlung erfolgt unter dem Vorbehalt der Rechnungsprüfung. Bei mangelhafter Lieferung oder mangelhafter Leistung ist der Auftraggeber berechtigt, die Zahlung insoweit bis zur ordnungsgemäßen Erfüllung ohne Verlust von Rabatten, Skonti oder ähnlichen Preisnachlässen zurückzuhalten. Die Zahlungsfrist beginnt insoweit nach vollständiger Beseitigung der Mängel. Bei vorzeitiger Lieferung der Produkte oder vorzeitiger Leistungserbringung beginnt die Zahlungsfrist frühestens mit Ablauf der Liefer- und Leistungsfrist oder zu dem vereinbarten Liefer- oder Leistungstermin. Soweit der Auftragnehmer Materialtests, Prüfprotokolle, Qualitätsdokumente oder andere Unterlagen zur Verfügung zu stellen hat, löst die Annahme der Produkte nur dann die Zahlungsfrist aus, wenn die geschuldeten Unterlagen spätestens bei der Annahme an den Auftraggeber übergeben werden.

## 7. Zusätzliche Leistungen des Auftragnehmers bei Lieferungen

1. Soweit vereinbart, übernimmt der Auftragnehmer bei Lieferungen insbesondere auch die Aufstellung, Montage und die Inbetriebnahme der Produkte an der Verwendungsstelle sowie die Einweisung des zuständigen Personals des Auftraggebers in die Bedienung der Produkte (nachfolgend **zusätzliche Leistungen** genannt).
2. Ist der Auftragnehmer zur Einweisung des Personals in die Bedienung der Produkte verpflichtet, wird der Auftragnehmer die Einweisung umgehend nach Lieferung und, sofern vereinbart, nach Aufstellung, Montage und Inbetriebnahme der Produkte vornehmen, es sei denn, die Parteien haben etwas anderes schriftlich vereinbart. Die Einweisung erfolgt ausschließlich durch entsprechend qualifiziertes und autorisiertes Schulungspersonal. Die Einweisungen finden während der üblichen Arbeitszeiten nach Wahl des Auftraggebers in dessen Räumen oder an der Verwendungsstelle statt.
3. Soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, sind die Kosten für die zusätzlichen Leistungen in dem für die Lieferung der Produkte vereinbarten Preis enthalten.

## 8. Incoterms, Gefahrübergang, Eigentumsübergang, Abnahme und Wareneingangskontrolle bei Lieferungen

1. Die Lieferung erfolgt gemäß DDP Incoterms 2020 an den vereinbarten Bestimmungsort. Regelungen in diesen Allgemeinen Beschaffungsbedingungen (z.B. Ziffer 3.2. dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen) oder anderweitig vereinbarte Regelungen, die von DDP Incoterms 2020 abweichen, bleiben unberührt.
2. Bei Lieferungen trägt der Auftragnehmer die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung der Produkte bis zu ihrer Übergabe an den Auftraggeber. Ist der Auftragnehmer zusätzlich zur Lieferung auch zur Aufstellung, Montage oder Inbetriebnahme der Produkte beim Auftraggeber verpflichtet, so geht die Gefahr erst mit der vollständigen Aufstellung, Montage und Inbetriebnahme der Produkte auf den Auftraggeber über. Dieser Absatz gilt auch dann, wenn der Auftraggeber bestimmte Leistungen, etwa Transportkosten, übernommen hat.
3. Haben die Parteien bei Lieferungen eine Abnahme schriftlich vereinbart, so geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Produkte abweichend von vorstehendem Absatz 1 erst mit der Abnahme auf den Auftraggeber über. Die Regelungen der Ziffer 9 dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen gelten im Falle einer vereinbarten Abnahme entsprechend und ergänzend, soweit in dieser Ziffer 8. dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen keine Regelungen zur Abnahme enthalten sind.
4. Die Produkte gehen bei Lieferungen mit ihrer Übergabe, im Falle einer vereinbarten Abnahme, spätestens mit deren Abnahme, unmittelbar und lastenfrei in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Auftragnehmer gewährleistet, dass er zur Weiterveräußerung und Eigentumsübertragung ermächtigt ist.
5. Handelt der Auftraggeber als Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, so gilt das Folgende: Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer offene (erkannte oder erkennbare) Mängel unverzüglich nach Ablieferung der Produkte und versteckte Mängel unverzüglich nach ihrer Entdeckung anzuzeigen. Sofern die Aufstellung, Montage oder Inbetriebnahme der Produkte oder deren Abnahme vereinbart ist, sind die Produkte erst mit der vollständigen Aufstellung, Montage, Inbetriebnahme oder Abnahme abgeliefert. Die Anzeige ist unverzüglich, wenn sie bei offenen Mängeln innerhalb von zwei Wochen nach Ablieferung und bei versteckten Mängeln innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Entdeckung erfolgt. Bei Lieferungen, die sich aus einer Vielzahl gleicher Produkte zusammensetzen, hat der Auftraggeber eine angemessene Menge der gelieferten Produkte auf Mängel zu untersuchen. Sind einzelne Stichproben einer Lieferung mangelhaft, so kann der Auftraggeber nach eigener Wahl die Aussonderung der mangelhaften Stücke durch den Auftragnehmer verlangen oder wegen der gesamten Lieferung

Mängelansprüche geltend machen. Sofern infolge von Mängeln der Produkte eine über das übliche Maß der Eingangskontrolle hinausgehende Untersuchung der Produkte erforderlich wird, hat der Auftragnehmer die Kosten dieser Untersuchung zu tragen. Bei Verspätung und Verlust der Anzeige genügt die rechtzeitige Absendung.

## 9. Abnahme, Gefahrübergang bei Werkleistungen

- Die Werkleistungen sind fertiggestellt, wenn der Auftragnehmer sämtliche Leistungen, einschließlich der Beibringung etwaiger Genehmigungen und Abnahmen von Ämtern, Behörden, Vereinen oder Genossenschaften (vgl. Ziffer 2.12. dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen) und einschließlich etwaiger Nebenleistungen, vollständig erbracht hat. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber die Fertigstellung der Werkleistungen unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Die Abnahme der fertiggestellten Werkleistungen durch den Auftraggeber erfolgt innerhalb angemessener Frist nach der Fertigstellung und Anzeige der Fertigstellung.
- Die Abnahme erfolgt förmlich im Rahmen eines einvernehmlich abgestimmten Abnahmetermins, der die Anwesenheit beider Vertragsparteien erfordert. Die Abnahme wird ebenso wie erfolglose Abnahmeversuche in einem Abnahmeprotokoll dokumentiert, das von beiden Vertragsparteien zu unterzeichnen ist. Die dem Auftraggeber durch erfolglose Abnahmeversuche entstehenden Kosten trägt der Auftragnehmer, es sei denn der Auftragnehmer hat den erfolglosen Abnahmeversuch nicht zu vertreten. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.
- Das für die Abnahme erforderliche Fachpersonal sowie die erforderlichen Prüf-, Mess- und sonstigen Hilfsmittel stellt der Auftragnehmer unentgeltlich zur Verfügung. Die erforderlichen Betriebsstoffe und Materialien hat der Auftragnehmer in Abstimmung mit dem Auftraggeber kostenlos bereitzustellen und zu entsorgen.
- Im Falle von Mängeln ist der Auftraggeber berechtigt, die Abnahme zu verweigern.
- Die Verwendung der Produkte nach angemessenem und ausreichendem Probebetrieb durch den Auftraggeber stellt keine Abnahme dar, wenn sich der Auftraggeber die Abnahme berechtigterweise vorbehält.
- Bei Werkleistungen geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung mit der Abnahme auf den Auftraggeber über. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber bestimmte Leistungen, etwa Transport-, Aufstell- oder Montagekosten, übernommen hat.

## 10. Gewährleistung, Mängelansprüche und Garantien

- Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die gelieferten Produkte und Werkleistungen frei von Sach- und Rechtsmängeln sind, insbesondere der vereinbarten Spezifikation und den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen und den Vorschriften und Richtlinien von Behörden, Berufsgenossenschaften und Fachverbänden entsprechen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die wegen der Verletzung dieser Vorschriften gegen den Auftraggeber geltend gemacht werden, es sei denn der Auftragnehmer hat die Verletzung dieser Vorschriften nicht zu vertreten.
- Sofern die gelieferten Produkte wegen Mängeln nach den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen nicht verkehrsfähig oder vom Auftraggeber ordnungsgemäß zu entsorgen sind, ist der Auftraggeber berechtigt, die Entsorgung auf Kosten des Auftragnehmers vorzunehmen.
- Bei Mängeln der Produkte oder der Werkleistungen ist der Auftraggeber unbeschadet der gesetzlichen Mängelansprüche berechtigt, nach eigener Wahl als Nacherfüllung unverzüglich die Beseitigung der Mängel (bei Lieferungen und Werkleistungen) oder die Lieferung mangelfreier Produkte (bei Lieferungen) bzw. Neuherstellung des Werkes (bei Werkleistungen) durch den Auftragnehmer zu verlangen. Der Auftragnehmer hat die zum Zwecke der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen zu tragen. Bei Lieferungen gilt dies auch, wenn die Produkte ihrem bestimmungsgemäßen Gebrauch entsprechend nach der Lieferung an einen anderen Ort als die vom Auftraggeber angegebene Lieferanschrift verbracht worden sind.
- Die Entgegennahme der Produkte sowie die Bezahlung und Nachbeauftragung von noch nicht als mangelhaft erkannter und gerügter Produkte oder noch nicht als mangelhaft erkannter Werkleistungen stellen keine Genehmigung der Lieferung oder der Werkleistung und keinen Verzicht auf Mängelansprüche durch den Auftraggeber dar.
- Die Verjährungsfrist für die Mängelansprüche des Auftraggebers beträgt 36 Monate. Die Verjährungsfrist beginnt bei Lieferungen mit der Ablieferung der Produkte, wobei die Produkte erst mit der vollständigen Aufstellung, Montage, Inbetriebnahme oder Abnahme abgeliefert sind, sofern die Aufstellung, Montage, Inbetriebnahme oder eine Abnahme vereinbart ist. Bei Werkleistungen beginnt die Verjährungsfrist mit der Abnahme. Sofern (1.) die mangelhaften Produkte entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden sind und dessen Mangelhaftigkeit verursacht haben (bei Lieferungen) oder (2.) es sich um einen Mangel bei einem Bauwerk handelt (bei Lieferungen und Werkleistungen) oder (3.) es sich um einen Mangel bei einem Werk handelt, dessen Erfolg in der Erbringung von Planungs- und Überwachungsleistungen für ein Bauwerk besteht (bei Werkleistungen), beträgt die Verjährungsfrist fünf Jahre. Vorstehendes gilt nicht, wenn der Auftragnehmer den Mangel arglistig verschwiegen hat.
- Bei Produkten mit Ersatzteilbedarf ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber nach Ablauf der Verjährungsfrist für einen Zeitraum von weiteren zehn Jahren mit den erforderlichen Ersatz- und Zubehörteilen zu den bisherigen Preisen zuzüglich einem Ausgleich für die Geldentwertung zu beliefern.
- Weitergehende Garantien des Auftragnehmers bleiben unberührt.

## 11. Produkthaftung

- Der Auftragnehmer ist bei Lieferungen verpflichtet, den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter aus in- und ausländischer Produkthaftung freizustellen, es sei denn er ist für den Produktfehler nach produkthaftungsrechtlichen Grundsätzen nicht verantwortlich. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben

unberührt.

- Im Rahmen dieser Freistellungspflicht hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber insbesondere auch solche Aufwendungen zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer vom Auftraggeber durchgeführten Warnungs-, Austausch- oder Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Maßnahmen wird der Auftraggeber den Auftragnehmer, soweit möglich und zumutbar, unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber bei den durchzuführenden Maßnahmen nach besten Kräften zu unterstützen und alle ihm zumutbaren, vom Auftraggeber angeordneten Maßnahmen zu treffen.
- Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung (bei Lieferungen und Leistungen) und eine erweiterte Produkthaftungspflichtversicherung (bei Lieferungen) abzuschließen und aufrecht zu halten. Die Betriebs- und erweiterte Produkthaftungspflichtversicherung müssen alle spezifischen Risiken der vom Auftragnehmer zu erbringenden Lieferungen oder Leistungen abdecken und insbesondere auch Personen- und Sach- sowie Vermögensschäden umfassen, die durch von ihm hergestellte oder gelieferte Erzeugnisse, erbrachte Arbeiten oder sonstige Leistungen nach Inverkehrbringen der Erzeugnisse und nach Abschluss der Arbeiten oder Ausführung der Leistungen entstehen können und auch Freistellungsansprüche enthalten. Die Betriebs- und erweiterte Produkthaftungspflichtversicherung müssen folgende Mindestdeckungssummen umfassen: Personen- und Sachschäden jeweils € 3 Mio. je Versicherungsfall sowie Vermögensschäden € 1 Mio. je Versicherungsfall bei mindestens € 6 Mio. Jahreshöchstersatzleistung. Der Auftragnehmer tritt schon jetzt die Forderungen aus dieser/diesen Versicherung(en) mit sämtlichen Nebenrechten an den Auftraggeber ab. Der Auftraggeber nimmt diese Abtretung schon jetzt an. Sofern nach dem Versicherungsvertrag eine Abtretung nicht zulässig sein sollte, weist der Auftragnehmer hiermit den/die Versicherer an, etwaige Zahlungen nur an den Auftraggeber zu leisten. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben hiervon unberührt. Der Auftragnehmer unterlässt jede Handlung und jedes Unterlassen, das den Versicherungsschutz gefährden könnte.
- Kommt der Auftragnehmer seiner Pflicht nach Absatz 3 nicht ordnungsgemäß nach, ist der Auftraggeber berechtigt, nicht aber verpflichtet, eine entsprechende Versicherung auf Kosten des Auftragnehmers abzuschließen.

## 12. Dokumentation

- Nach Ausführung der Lieferungen und Leistungen hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die der tatsächlichen Ausführung entsprechenden Zeichnungen, Berechnungen und andere den Leistungsgegenstand betreffende technische Unterlagen in der geforderten Anzahl in deutscher Sprache (Schrift-/Papierform) und in gängiger DIN-Form zu übersenden. Diese Unterlagen müssen den bestehenden deutschen Normen sowie den Werksnormen des Auftraggebers entsprechen, kopierfähig sein und sich zur Datensicherung (gängiges Dateiformat) eignen.
- Die genannten Unterlagen sind unverzüglich auf den entsprechenden Stand zu bringen, sobald vom Auftragnehmer nachträgliche Änderungen an dem Leistungsgegenstand vorgenommen werden.

## 13. Schutzrechte Dritter

- Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Lieferung und Benutzung der Produkte keine in- und ausländischen Patente, Gebrauchsmuster, Lizenzen oder sonstigen Schutz- und Urheberrechte Dritter verletzt. Dies gilt nicht, soweit die Produkte vom Auftraggeber entwickelt wurden.
- Sofern der Auftraggeber aufgrund der Lieferung und Benutzung der Produkte von einem Dritten wegen einer Verletzung solcher Rechte in Anspruch genommen werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber von diesen Ansprüchen freizustellen. Die Freistellungspflicht bezieht sich auf alle Aufwendungen, die dem Auftraggeber im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme erwachsen. Insbesondere ist der Auftraggeber berechtigt, auf Kosten des Auftragnehmers die Genehmigung zur Benutzung der Produkte von dem Dritten zu erwirken. Die Freistellungspflicht gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Verletzung der Schutzrechte Dritter nicht zu vertreten hat.

## 14. Höhere Gewalt

- Sofern der Auftraggeber durch höhere Gewalt an der Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten, insbesondere an der Annahme der Produkte oder Leistungen gehindert wird, wird der Auftraggeber für die Dauer des Hindernisses sowie einer angemessenen Anlaufzeit von der Leistungspflicht frei, ohne dem Auftragnehmer zum Schadensersatz verpflichtet zu sein. Dasselbe gilt, sofern dem Auftraggeber die Erfüllung seiner Pflichten durch unvorhersehbare und vom Auftraggeber nicht zu vertretende Umstände, insbesondere durch Arbeitskampf, behördliche Maßnahmen, Energiemangel oder wesentliche Betriebsstörungen, unzumutbar erschwert oder vorübergehend unmöglich gemacht wird. Dies gilt auch, wenn solche Umstände zu einem Zeitpunkt eintreten, in dem sich der Auftraggeber im Annahmeverzug befindet.
- Der Auftraggeber ist zum Rücktritt berechtigt, wenn ein solches Hindernis mehr als vier Monate andauert und der Auftraggeber an der Erfüllung des Vertrags infolge des Hindernisses kein Interesse mehr hat. Auf Verlangen des Auftragnehmers wird der Auftraggeber nach Ablauf der Frist erklären, ob er von seinem Rücktrittsrecht Gebrauch machen oder die Produkte oder Leistungen innerhalb einer angemessenen Frist annehmen wird.

## 15. Haftung des Auftraggebers

- Für Schäden aus der Verletzung einer Garantie oder aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit haftet der Auftraggeber unbeschränkt. Dasselbe gilt für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit oder soweit der Auftraggeber ein Beschaffungsrisiko übernommen hat. Für leichte Fahrlässigkeit haftet der Auftraggeber nur, sofern wesentliche Pflichten verletzt werden, die sich aus der Natur des Vertrags ergeben und die für die Erreichung des Vertragszwecks von besonderer Bedeutung sind. Bei Verletzung solcher Pflichten, Verzug und Unmöglichkeit ist die Haftung des Auftraggebers auf solche Schäden begrenzt, mit deren Entstehung im Rahmen des Vertrags typischerweise gerechnet werden muss. Eine zwingende gesetzliche Haftung für Produktfehler bleibt unberührt.

2. Soweit die Haftung des Auftraggebers ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung der Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers.

## 16. Überlassung von Gegenständen und Herstellung von Werkzeugen

1. Der Auftraggeber behält sich sämtliche Rechte, insbesondere Schutzrechte und das Eigentum, an Rezepturen, Entwürfen, Proben, Mustern, Modellen, Zeichnungen, Druckvorlagen, Werkzeugen, Software und sonstigen Gegenständen vor, die dem Auftragnehmer vom Auftraggeber zur Herstellung der bestellten Produkte oder aus sonstigen Gründen überlassen werden. Der Auftraggeber erlangt mit der Fertigstellung das Eigentum an den vom Auftragnehmer für den Auftraggeber hergestellten Werkzeugen. Für die Herstellung der bestellten Produkte überlässt der Auftraggeber die Werkzeuge dem Auftragnehmer.
2. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese Gegenstände ausschließlich für die Herstellung und Lieferung der bestellten Produkte oder für die Erbringung der Leistungen oder nach den sonstigen Vorgaben des Auftraggebers zu verwenden. Dritten dürfen solche Gegenstände nicht zugänglich gemacht werden. Zu Kopien, Nachbauten oder sonstigen Vervielfältigungen der Gegenstände ist der Auftragnehmer nicht berechtigt. Der Auftragnehmer hat die Gegenstände ohne Aufforderung unverzüglich auf eigene Kosten und eigene Gefahr an den Auftraggeber zurückzusenden, sofern ihre Überlassung nicht mehr erforderlich ist.
3. Die Verarbeitung oder Umbildung von überlassenen Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für den Auftraggeber vorgenommen. Sofern solche Gegenstände mit anderen, nicht dem Auftraggeber gehörenden Gegenständen verarbeitet werden, erwirbt der Auftraggeber das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Werts des Gegenstands des Auftraggebers zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung.
4. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die überlassenen Gegenstände sorgfältig zu behandeln und aufzubewahren. Er hat die überlassenen Gegenstände auf eigene Kosten zum Neuwert gegen Feuer-, Wasser- und Diebstahlschäden zu versichern. Er tritt dem Auftraggeber schon jetzt alle Entschädigungsansprüche aus dieser Versicherung ab. Der Auftraggeber nimmt die Abtretung hiermit an. Sofern nach dem Versicherungsvertrag eine Abtretung nicht zulässig sein sollte, weist der Auftragnehmer hiermit die Versicherung an, etwaige Zahlungen nur an den Auftraggeber zu leisten. Weitergehende gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben hiervon unberührt. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber auf Verlangen den Abschluss und den Bestand der Versicherungen nachzuweisen. Kommt der Auftragnehmer seiner Pflicht nach Satz 1 bis 5 nicht ordnungsgemäß nach, ist der Auftraggeber berechtigt, nicht aber verpflichtet, eine entsprechende Versicherung auf Kosten des Auftragnehmers abzuschließen.
5. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die erforderlichen Wartungs- und Inspektionsarbeiten sowie alle Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den überlassenen Gegenständen auf eigene Kosten rechtzeitig durchzuführen. Auftretende Schäden hat er dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen.
6. Produkte, die der Auftragnehmer ganz oder teilweise nach den Vorgaben des Auftraggebers oder unter Benutzung der vom Auftraggeber überlassenen Gegenstände herstellt, darf der Auftragnehmer nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers selbst verwenden oder Dritten anbieten, liefern oder in sonstiger Weise zugänglich machen. Dies gilt auch für Produkte, die der Auftraggeber berechtigterweise nicht angenommen hat. Bei Verstößen hat der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe des Werts der betreffenden Produkte zusätzlich 10 % des Netto-Werts an den Auftraggeber zu bezahlen, es sei denn der Auftragnehmer hat den Verstoß nicht zu vertreten. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

## 17. Materialbeistellung

1. Stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer Beistellware zur Verfügung, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Beistellware des Auftraggebers auf eigene Kosten und auf eigene Gefahr abzuholen. Der Auftragnehmer darf die Beistellware ausschließlich für die Herstellung und Lieferung der bestellten Produkte oder für die Erbringung der Leistungen oder nach den sonstigen Vorgaben des Auftraggebers zu verwenden.
2. Der Auftraggeber bleibt Eigentümer der Beistellware. Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, die Beistellware zu verpfänden, zur Sicherheit zu übereignen oder sonstige, das Eigentum des Auftraggebers gefährdende Verfügungen zu treffen. Bei Pfändungen oder sonstigen Eingriffen Dritter hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen und alle notwendigen Auskünfte zu geben, den Dritten über die Eigentumsrechte des Auftraggebers zu informieren und an den Maßnahmen des Auftraggebers zum Schutz der Beistellware mitzuwirken. Soweit der Dritte nicht in der Lage ist, dem Auftraggeber die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten zur Durchsetzung der Eigentumsrechte des Auftraggebers zu erstatten, ist der Auftragnehmer dem Auftraggeber zum Ersatz des daraus resultierenden Ausfalls verpflichtet, es sei denn der Auftragnehmer hat die Pflichtverletzung nicht zu vertreten.
3. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Beistellware für die Dauer der Beistellung pflichtig zu behandeln. Insbesondere ist er verpflichtet, die Beistellware auf eigene Kosten gegen Feuer-, Wasser- und Diebstahlschäden ausreichend zum Wert der Beistellware bei Übergabe an den Auftragnehmer zu versichern. Der Auftragnehmer tritt dem Auftraggeber schon jetzt alle Entschädigungsansprüche aus dieser Versicherung ab. Der Auftraggeber nimmt die Abtretung hiermit an. Soweit eine Abtretung nicht zulässig sein sollte, weist der Auftragnehmer hiermit den Versicherer an, etwaige Zahlungen nur an den Auftraggeber zu leisten. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.
4. Im Falle der Verarbeitung oder Umbildung der Beistellware durch den Auftragnehmer wird diese stets für den Auftraggeber vorgenommen. Das Eigentum des Auftraggebers an der Beistellware setzt sich an der verarbeiteten oder umgebildeten Sache fort. Wird die Beistellware mit anderen, dem Auftragnehmer nicht gehörenden Sachen verarbeitet oder umgebildet, so erwirbt der Auftraggeber das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Werts der Beistellware zu den anderen verarbeiteten Sachen zur Zeit der Verarbeitung oder Umbildung. Dasselbe gilt, wenn die Beistellware mit anderen, dem Auftragnehmer nicht gehörenden Sachen so verbunden oder vermischt wird, dass der Auftraggeber sein Volleigentum verliert. Der Auftragnehmer verwahrt die neuen Sachen für den Auftraggeber. Für die durch Verarbeitung oder Umbildung sowie Verbindung oder

Vermischung entstehende Sache gelten im Übrigen dieselben Bestimmungen wie für die Beistellware.

5. Der Auftragnehmer ist dem Auftraggeber zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den der Auftraggeber infolge des Verlusts, der Zerstörung oder sonstigen Beschädigung der Beistellware erleidet, es sei denn der Auftragnehmer hat den Verlust, die Zerstörung oder sonstige Beschädigung der Beistellware nicht zu vertreten. Der Auftragnehmer setzt den Auftraggeber vom Verlust, der Zerstörung oder sonstigen Beschädigung unverzüglich schriftlich in Kenntnis.
6. Der Auftragnehmer erstellt auf Verlangen des Auftraggeber Inventurlisten über die sich beim Auftragnehmer befindliche Beistellware.
7. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Beistellware bei Vertragsbeendigung unverzüglich an den Auftraggeber herauszugeben. Der Rücktransport zum Auftraggeber erfolgt auf Kosten und Gefahr des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer ist dem Auftraggeber zum Ersatz der Abnutzungen oder sonstigen Verschlechterungen der Beistellware verpflichtet, die über eine natürliche Abnutzung hinausgehen, es sei denn der Auftragnehmer hat die über die natürliche Abnutzung hinausgehenden Abnutzungen oder sonstigen Verschlechterungen nicht zu vertreten.

## 18. Abtretung und Aufrechnung

1. Der Auftragnehmer ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, Forderungen gegen den Auftraggeber an Dritte abzutreten. Hiervon ausgenommen sind Geldforderungen gegen den Auftraggeber.
2. Zahlungen erfolgen nur an den Auftragnehmer. Gegenansprüche des Auftragnehmers berechtigen ihn nur dann zur Aufrechnung, wenn sie rechtskräftig festgestellt oder unstreitig sind. Ein Zurückbehaltungsrecht kann der Auftragnehmer nur geltend machen, wenn sein Gegenanspruch auf demselben Vertragsverhältnis beruht.

## 19. Geheimhaltung

1. Die Parteien sind verpflichtet, sämtliche ihnen zugänglich werdenden Geschäftsgeheimnisse der anderen Partei zeitlich unbefristet geheim zu halten, durch geeignete und angemessene Maßnahmen zu schützen und sie, soweit nicht für die Geschäftsbeziehung geboten, weder aufzuzeichnen noch an Dritte weiterzugeben, zu nutzen oder zu verwerten. Der Geheimhaltungspflicht unterliegen auch Gegenstände, die Geschäftsgeheimnisse verkörpern. Insbesondere stellen die Parteien sicher, dass die Geschäftsgeheimnisse der anderen Partei nur solchen Arbeitnehmern und sonstigen Mitarbeitern und nur in dem Umfang zugänglich werden, soweit dies für die Geschäftsbeziehung geboten ist. Der Geheimhaltungspflicht unterliegen auch Gegenstände, die Geschäftsgeheimnisse verkörpern. Geschäftsgeheimnisse sind alle Informationen, die als vertraulich oder geheim bezeichnet werden oder nach sonstigen Umständen als Geschäftsgeheimnis erkennbar sind, insbesondere personenbezogene Daten ,betriebliche Abläufe, Geschäftsbeziehungen, Geschäftsstrategien, Personalangelegenheiten sowie – für den Auftragnehmer – etwaige Arbeitsergebnisse, jegliche Informationen des Auftraggebers, die Gegenstand technischer und organisatorischer Geheimhaltungsmaßnahmen sind.
2. Die Geheimhaltungspflicht entfällt, soweit die Informationen der empfangenden Partei nachweislich bereits vor Aufnahme der Vertragsbeziehung bekannt oder vor der Aufnahme der Vertragsbeziehung allgemein bekannt oder allgemein zugänglich waren oder ohne Verschulden der empfangenden Partei allgemein bekannt oder zugänglich werden. Die Beweislast trägt die empfangende Partei.
3. Die Parteien verpflichten sich, nach Aufforderung durch die andere Partei alle übergebenen Arbeitsunterlagen, sonstige Unterlagen und Daten, die Geschäftsgeheimnisse der offenlegenden Partei betreffen sowie sämtliche hiervon erstellte Kopien, unverzüglich, spätestens binnen 14 Tagen nach Aufforderung an die offenlegende Partei zurück zu senden oder zu vernichten oder unwiederbringlich zu löschen. Der empfangenden Partei steht an diesen Unterlagen, Daten und Kopien etc. kein Zurückbehaltungsrecht zu. Im Fall der Vernichtung und unwiederbringlichen Löschung sind die durchgeführte Vernichtung bzw. die unwiederbringliche Löschung der offenlegenden Partei unverzüglich schriftlich zu bestätigen. Die Pflicht zur Herausgabe, Vernichtung oder unwiederbringlichen Löschung besteht nicht, soweit gesetzliche Aufbewahrungspflichten bestehen.
4. Die Parteien werden durch geeignete vertragliche Abreden mit den für sie tätigen Arbeitnehmern, sonstigen Mitarbeitern und Dritten, denen die Geschäftsgeheimnisse der anderen Partei nach Ziffer 19.1. dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen zugänglich werden sicherstellen, dass auch diese zu entsprechender Geheimhaltung verpflichtet werden.

## 20. Datenschutz

1. Die Parteien verpflichten sich, die datenschutzrechtlichen Vorschriften zu beachten, insbesondere die DSGVO einzuhalten. Dazu gehören auch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen und die Verpflichtung der für sie tätigen Personen auf die Vertraulichkeit. Erfolgt die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Auftragnehmer im Rahmen von Weisungen des Auftraggebers als datenschutzrechtliche Auftragsverarbeitung gemäß Artikel 28 DSGVO, gelten die ergänzenden Bestimmungen des zu schließenden Auftragsverarbeitungsvertrages.
2. Der Auftragnehmer unterliegt im Hinblick auf Datenschutzbestimmungen der Kontrolle des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz beim Auftraggeber. Diesem sind auf Verlangen die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Der Rundfunkbeauftragte hat das Recht, Unterlagen einzusehen sowie nach Absprache mit dem betrieblichen Datenschutzbeauftragten des Auftragnehmers Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen.

## 21. Schlussbestimmungen

1. Der Auftragnehmer ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, mit der Geschäftsbeziehung zum Auftraggeber zu werben.
2. Zulieferanten des Auftragnehmers gelten als Erfüllungsgehilfen. Sie sind dem

Auftraggeber nach Aufforderung unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

3. Für die Rechtsbeziehungen des Auftragnehmers zum Auftraggeber gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).
4. Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentliches Sondervermögen, ist das für folgende Adressen zuständige Gericht für alle Streitigkeiten aus der Geschäftsbeziehung zwischen dem jeweiligen Auftraggeber und dem Auftragnehmer ausschließlich zuständig:
  - a) Neckarstraße 230, 70190 Stuttgart, wenn der SWR Auftraggeber ist,
  - b) Rundfunkplatz 1, 80335 München, wenn der BR Auftraggeber ist,
  - c) Funkhaus Halberg, 66100 Saarbrücken, wenn der SR Auftraggeber ist und
  - d) in allen anderen Fällen (verbundene Unternehmen), der Sitz des jeweiligen Auftraggebers.

Der Auftraggeber ist auch zur Klageerhebung am Sitz des Auftragnehmers sowie an jedem anderen zulässigen Gerichtsstand berechtigt.

5. Bei Lieferungen ist Erfüllungsort für die Liefer- und Nacherfüllungspflichten des Auftragnehmers die vom Auftraggeber angegebene Verwendungsstelle innerhalb der Lieferanschrift oder, sofern eine Verwendungsstelle nicht angegeben wurde, die Lieferanschrift. Bei Leistungen ist Erfüllungsort für die Leistungs- und etwaige Nacherfüllungspflichten der vom Auftraggeber angegebene Leistungsort. Im Übrigen gelten für sämtliche Leistungen des Auftragnehmers und des Auftraggebers folgende Erfüllungsorte, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist:
  - a) Neckarstraße 230, 70190 Stuttgart, wenn der SWR Auftraggeber ist,
  - b) Rundfunkplatz 1, 80335 München, wenn der BR Auftraggeber ist,
  - c) Funkhaus Halberg, 66100 Saarbrücken, wenn der SR Auftraggeber ist und
  - d) in allen anderen Fällen (verbundene Unternehmen), der Sitz des jeweiligen Auftraggebers.
6. Die Vertragssprache ist deutsch.
7. Sollte eine Bestimmung dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte sich in diesen Allgemeinen Beschaffungsbedingungen eine Lücke befinden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt diejenige wirksame oder durchführbare Bestimmung als vereinbart, die dem Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt. Im Falle einer Lücke gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach dem Zweck dieser Allgemeinen Beschaffungsbedingungen vereinbart worden wäre, sofern die Parteien die Angelegenheit von vorne herein bedacht hätten.